

Informationsmaterial zur Grünen Gentechnik

Materialien zur Positionsentwicklung in der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt und im PDS-Landesverband (Stand 25.03.2004)

Inhaltsverzeichnis	01
Information aus der Sitzung des PDS-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt vom 16.03.2004	02
Beschluss der PDS-Landtagsfraktion zur Grünen Gentechnik (2004)	03*
Standpunkt der PDS-Landtagsfraktion zur Grünen Gentechnik (2000)	07
Thesen zur Gentechnik (01.02.2000)	23
Standpunkt der PDS-Landtagsfraktion zur Grünen Gentechnik (2004)	26
MDR Größte Vorsicht bei Gentechnik (08.03.2004)	29
Keine Gentechnik in der Landwirtschaft	
PDS-Mitgliederappell vom 12.03.2004 an die Landtagsfraktion	32
Türöffner für Gentechnik ? ND-Interview mit Peter Sitte 11.03.2004	34
attac-Halle, Stellungnahme zum Sinneswandel...	36
Unterrichtung zur Realisierung der Beschlüsse des Landtages	40
Presserklärung PDS-LTF zur Grünen Gentechnik vom 13.01.2004	43
Landtag Sachsen-Anhalt 21.11.2003, Beratung Begleitkonzept	44
Robert Koch Institut : Beschreibung der Freisetzungsvorhaben	47
Öko-Institut e.V.: Gentechnik Extra-Ausgabe	51
Öko-Institut e.V. Wer haftet, wenn Raps ...	53
Antrag PDS-LTF 12.11.2003, Begleitkonzepte zur Biotechnologie-offensive für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgeabschätzung sowie Öffentlichkeitsarbeit	55
Artikel „transgen“ : Anbauprogramm: Koexistenz im Test, 08.11.2003	56
Auszug aus dem Programm der PDS , 26.10.2003	57
Presseerklärung PDS-LTF vom 16.10., 2003, Ursachen des Hungers lassen sich nicht mit „Grüner“ Gentechnik beseitigen	58
Änderungsantrag PDS-LTF, vom 04.07.2003,	59
Landtag Sachsen-Anhalt, Debatte	60
Antrag LTF FDP, CDU – Chancen der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt nutzen	65

* In der Dokumentation mit Stand 18.03.2004 fehlte die Seite 3 des Beschlusses der PDS-Landtagsfraktion, jetzt ist er komplett.

Information

aus der Sitzung des PDS-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt vom 16.03.2004

Petra Sitte und Uwe Köck gaben einen ausführlichen Einstieg in die Problematik grüne Technologie und informierten über die Diskussion in der PDS-Landtagsfraktion zur „Grünen Gentechnologie“ in der Fraktionssitzung am 16.3.04.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bereit ist, die Aussaat von genveränderten Saatgut zu genehmigen, gab es eine sehr ausführliche differenzierte über zweistündige Diskussion im Landesvorstand zum Beschluss der Landtagsfraktion und zu Positionen zur Gentechnologie überhaupt.

Es wurde festgestellt, dass entsprechende Anträge und Vorstöße der PDS-Landtagsfraktion im vergangenen Jahr von den Medien, den Vereinen und Verbänden kaum zur Kenntnis genommen wurden und eine Debatte im PDS-Landesverband zu diesen Fragen bisher nicht stattgefunden hat .

Der Landesvorstand beschloss folgende Punkte:

1. Der Landesvorstand hat sich mit den verschiedenen Positionen zur Fragen der grünen Gentechnologie auseinandergesetzt.
2. Der Landesvorstand hält es für notwendig, eine offene und öffentliche Diskussion zu diesen Fragen voranzubringen.
3. Der Landesvorstand unterstützt die Landtagsfraktion in ihrem differenzierten Herangehen an die Problematik.
4. Der Landesvorstand bestärkt die Landtagsfraktion in ihrem Vorhaben, von der Landesregierung die Antworten auf die offenen Fragen und die konkreten Bedingungen für das bevorstehende Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Kulturpflanzen einzufordern. Ohne die entsprechenden Antworten bleibt für die PDS nur ein klares Nein zur geplanten Freisetzung in der Ausschusssitzung am 17.3.04.
5. Uwe Köck und Joachim Spaeth werden gebeten, ein Material zum bisherigen Meinungsbildungsprozess zusammenzustellen.

Der Beschluss wird mit 6 : 3 : 2 angenommen.

Beschluss der PDS-Landtagsfraktion zur Grünen Gentechnik

1. Die PDS-LT-Fraktion wird die in Sachsen-Anhalt an langjährige Wissenschaftstraditionen anknüpfende hoch entwickelte Biotechnologie- und Gentechnik-Forschung und die sich in ihrem Umfeld etablierende dynamische mittelständische Biotech-Industrie aufmerksam verfolgen, fördern und zugleich kritisch begleiten.
2. Die PDS-Landtagsfraktion wird sich verstärkt für die Etablierung einer öffentlichen Risikokommunikation zu Fragen der Risiken der Gentechnik im allgemeinen und des geplanten Anbauprogramms im Besonderen einsetzen.
3. Die PDS wird sich für einen massiven Ausbau der vorsorgenden, begleitenden und kontrollierenden Technikbewertungs- und –bedarfsforschung einschließlich der Auswertung von Erfahrungen und Forschungsergebnissen anderer Ländern einsetzen. Die Ausweitung einer systematischen biotechnischen Sicherheits- und Begleitforschung schließt die Förderung von Grundlagenforschung zur gezielten Eliminierung von Risikofaktoren ein.
4. Die PDS-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, die traditionelle Züchtung und Züchtungsforschung auf hohem Niveau zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die bestehenden Genbanken sind im notwendigen Umfang zu erhalten und gezielt auszubauen. Sie sind spätestens dann als Alternative essentiell, wenn bei einzelnen Kulturarten oder im Langzeitgebrauch entgegen der Erwartungen unverantwortbare Nebenwirkungen auftreten. Genbanken stellen ein unerschöpfliches Reservoir an Genmaterial für die Nutzung auch durch die Biotechnologie bereit.
5. Die PDS wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass folgende Fragen beantwortet und als Bedingungen unter denen das bevorstehende Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und daraus entstehender Nahrungs- und Genussmittel statt finden soll, erfüllt werden:
 - Sicherung der Koexistenz von konventioneller, ökologischer und von Landwirtschaft mit gentechnisch veränderten Kulturpflanzen
 - Sicherung der Wahlfreiheit von VerbraucherInnen und ErzeugerInnen
 - Gewährleistung von Transparenz bei der Verwendung von GVO
 - Realisierung des Vorsorgeprinzips zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete
 - Sicherung von Kommunikation, Aufklärung und Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Monitoring des Inverkehrbringens von GVO
 - Erstellung eines öffentlich einsehbaren Standortregisters
 - Konzept zur Ausweisung GVO-freier Gebiete
 - verlässliche bzw. vertragliche Klärung von Haftungsregelungen; Zuordnung der Kosten durch Einführung des GVO-Anbaus nach dem Verursacherprinzip (Saatzuchtunternehmen, Verwender von GVO und Anwender bzw. Anbauer); Einrichtung eines entsprechenden Haftungsfonds
6. Die PDS wird sich gleichermaßen für einen Schutz der konventionellen und Öko-Landwirte einsetzen, die sich für einen Verzicht des Anbaus genveränderter Kulturen entschieden haben. Dies schließt die Regelung der Haftungsfragen und die Bildung eines Haftungsfonds ein.

-
7. Der Erprobungsanbau ist öffentlich nicht nur zu thematisieren, sondern mit allen gesellschaftlichen Gruppen öffentlich zu diskutieren.

Begründung:

Heutige Wissenschafts- und Technikanwendungen sind ohne bewusste Risikoentscheidungen nicht mehr denkbar. Diese stellen sich um so unschärfer und damit weniger überschaubar dar, je komplexer eine neue Technologie und deren Wechselwirkungen mit der Techno-, Sozio- und Ökosphäre ist. Risikominimierung beginnt mit der Kommunikation darüber, welche Risiken erwartet werden können und wer davon betroffen sein könnte. Dazu bedarf es der Bereitschaft und der Fähigkeit der Akteure zur Kommunikation. Die Glaubwürdigkeit einer Risikokommunikation entsteht vor allen Dingen durch eine umfassende Einbeziehung der Betroffenen. Nicht die Verlagerung des politischen Streits in Sachverständigen-Gremien, sondern eine ergebnisoffene prozessorientierte Risikokommunikation steht auf der Tagesordnung, um Sachverstand mit fundamentalen Werturteilen zu kombinieren.

Die PDS-Landtagsfraktion sieht angesichts der erreichten Entwicklungsstufe der Gentechnik die Gefahr, dass sich die PDS mit einer undifferenzierten grundsätzliche Ablehnung der Gentechnik aus diesem Kommunikationsprozess verabschieden würde. Deshalb sollte sich die PDS-Landtagsfraktion aktiv in einen solchen Kommunikationsprozess im Lande einbringen.

Die mit Fragen der Risikobewertung und -verteilung, Kosten-Nutzen- und Wahrscheinlichkeitsberechnungen befaßte Technikfolgeabschätzung sieht sich im Falle der Gentechnik bis jetzt noch nicht in die Lage versetzt, noch verantwortbare Risiken festzulegen. Insbesondere die Gefährdung zukünftiger Generationen ist nach dem bisherigen vergleichsweise kurzen Nutzungszeitraum noch nicht zu beurteilen.

Wie bei allen bisherigen technologischen Entwicklungen in der Geschichte der Menschheit erwachsen Gefahren auch bei Biotechnologie und Gentechnik weniger aus der Technologie selbst, sondern in der Aneignung und Verwertung der Ergebnisse und im möglichen Missbrauch durch Einzelne oder Teile der menschlichen Gesellschaft, somit in den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen. Und diese sind in der heutigen Welt nun einmal kapitalistisch geprägt.

Wissenschaft und Forschung sind ebenso Teil dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, so dass ständig die Gefahr besteht, jede traditionelle naturwissenschaftliche Forschungsethik zu ignorieren. Es wäre aber verhängnisvoll, eine mit den Risiken der Gentechnik begründete Einschränkung der Freiheit der Forschung zu fordern. Allerdings wird diese de facto über die Vergabe von an forschungs-, wirtschafts-, technologie- und gesundheitspolitische Entscheidungen gebundene Haushalts- und Forschungsfördermittel beschnitten.

Die im Falle der Gentechnik besonders große Nähe von Forschung und wirtschaftlichen Nutzen führt zu einer Sicherung von Verwertungsrechten durch Patentierung. Wenn Forschungsfreiheit als ein gleiches Recht für alle möglich sein soll, müssen wissenschaftliche und diagnostische Methoden in der Regel allen zugänglich sein.

Diese Herrschaftsverhältnisse lassen sich durch eine Ablehnung der Gentechnik nicht verändern. Es gilt, streng zwischen den naturwissenschaftlichen, ökonomischen, sozialen und ethisch-moralischen Aspekten sowie den zwischen ihnen bestehenden Wechselwirkungen zu unterscheiden. Angesichts der Möglichkeiten, die der Gentechnik innewohnen, müssen e-

thisch-moralische Aspekte essentieller Bestandteil der Bewertung von Risikotechnologien sein. Die Grundfrage lautet: Muß das, was machbar ist, auch gemacht werden?

Die gesellschaftspolitische Verantwortung für die Risiken der Gentechnik kann in einer von Profitstreben, Korruption und Verwertungsinteressen getriebenen Gesellschaft nur durch breiten außerparlamentarischen Druck, durch Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung eingefordert werden. Ständige öffentliche Kontrolle ist erforderlich, um das Risiko und das Ausmaß negativer Neben- und Folgewirkungen, die auch bei besten Absichten nie auszuschließen sind, möglichst gering zu halten. Die Ergebnisse von Technologiefolgebewertungen einschließlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen, ihrer Chancen und Risiken sind der Öffentlichkeit transparenter zu machen.

Der Ambivalenz der Gentechnik und ihren Risiken werden allerdings dumpfe Aversionen, Technologiefeindlichkeit oder moderne Maschinenstürmerei ebenso wenig gerecht wie nicht minder unbedachte bedingungslose Befürwortung und eine schrankenlosen Expansion. Bildung und Aufklärung der Menschen ist erforderlich, um sachkundig entscheiden zu können. Das Informationsdefizit wird gegenwärtig nur selektiv bedient und durch moralische Appelle (Hunger, Arbeitsplätze, Krankheiten, Umweltschutz ...) manipuliert.

Die PDS tritt für sozial-ökologisch sinnvolle Innovationen ein und bewahrt zugleich äußerst kritische Distanz zu Machbarem, wenn dies unübersehbare Gefahren birgt. Bei einem verantwortungsbewußten Umgang braucht die Menschheit aber auf die Leistungen gentechnisch veränderter Organismen und die Möglichkeiten, die die Gentechnologie als eine der Schlüsseltechnologien der Gegenwart und nahen Zukunft bietet, nicht zu verzichten.

Die PDS stellt bei der Entscheidung über Aspekte der Gentechnik und anderer moderner Biotechnologien im alltäglichen Politikprozess folgende Grundprinzipien in den Mittelpunkt:

- Die Würde des Menschen ist unantastbar (Art. 1 Grundgesetz).
- Die Biodiversität, einschließlich der genetischen Vielfalt der traditionellen Kulturpflanzen und Haustierrassen, die auch durch moderne konventionelle Züchtung eingeschränkt wird, ist zu schützen und der Tierschutz als ein erhebliches rechtliches Gut zu beachten.
- Die reale Chance sowie die Wahlfreiheit eines gentechnikfreien Lebens sind als gesellschaftlicher Grundwert zu schützen.
- Bio- und gentechnische Forschungsprozesse sind transparent und demokratisch kontrollierbar zu gestalten.
- Jedes Vorhaben anwendungsbezogener Forschung sollte ausdrücklich mit prospektiver und begleitender Anwendungsfolgenabschätzung verbunden werden. Diese Anwendungsfolgenabschätzung sollte als Bestandteil der Forschungsvorhaben selbst behandelt werden und den gesamten Innovationsprozess umfassen.
- Im Forschungsprozess sowie bei den politischen Steuerungsentscheidungen und der vorhergehenden Politikberatung ist die Vielfalt der inhaltlichen und methodischen Ansätze zu garantieren.

Die PDS setzt sich dafür ein, dass eine unkontrollierte Ausbreitung und Auskreuzung gentechnisch veränderter Pflanzen ebenso vermieden wird wie die Reduzierung der Artenvielfalt. Die Freisetzung gentechnisch veränderten Saatgutes kann dies zur Zeit jedoch nicht garantieren. Darüber hinaus muss garantiert werden, dass die LandwirtInnen nachweisbar gentechnisch unverändertes Saatgut erwerben können. Es muss darüber hinaus transparent sein, auf welchen Feldern gentechnisch verändertes Saatgut wächst, um Auskreuzungen und Vermi-

schung verhindern zu können.

Bei alldem übersehen wir nicht, dass Globale Nachhaltigkeit die Überwindung der wahren gesellschaftlichen Ursachen für Armut, Hunger, Unterentwicklung, Krankheit, massenhafte Erwerbslosigkeit, Kinderarbeit, Kindersterblichkeit, Unwissenheit und Bevölkerungsexplosion in den sog. Entwicklungsländern, aber auch der Neuen Armut in den Metropolen voraussetzt. Die Möglichkeiten der Gentechnik können höchstens einige Folgen lindern, ohne die Ursachen zu beseitigen.

Dr. Uwe-Volkmar Köck
Fraktion der PDS
Landtag Sachsen-Anhalt
Umweltpolitischer Sprecher

Standpunkt der PDS Sachsen-Anhalt zur Gentechnik

1. Weshalb ist Standpunktbildung durch den Landesverband erforderlich?

Auf der Bundesebene tritt die PDS seit dem letzten Sommer verstärkt mit Positionsbestimmungen zur Gentechnik an die Öffentlichkeit. Dabei überwiegt ein kritischer bis ablehnender Grundtenor (reinblick 12/99; Dr. S. Voigt: „Grüne Gentechnik birgt mehr Risiken als Chancen“, ND vom 12.10.99; Bericht über PDS-Arbeitskreis Agrarpolitik: ND 15.9.99; hier werden u.a. aus Sachsen-Anhalt Prof. Triller, H. Czeke zitiert). Die Aktion des BUND „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“, der damit eine Ablehnung der sog. Grünen Gentechnik durch eine breite Bevölkerungsmehrheit erreichen möchte, wird seitens der PDS-Bundestagsfraktion, Bereich Landwirtschaft, unterstützt und eine aktive Beteiligung seitens PDS-geführter Kommunen signalisiert (Pressemitteilung K.Naumann vom 1.7.99: „PDS unterstützt Anti-Gentechnik-Aktion von BUND“; Versenden von Informationsmaterial und Musteranträgen).

In der parteiinternen programmatischen Arbeit wird die Thematik dagegen sehr wohl seit längerem diskutiert (z.B. UTOPIEKreativ 105, 109/110; Beiträge zur Wirtschaftspolitik 1/99, 2/99, 3/99, 5-6/99; D. Klein: „Sozial-ökologischer Umbau in einem alternativen Reformkonzept.“ Referat auf der Ökologiekonferenz der PDS am 15.11.99).

Eine umfassende öffentliche Debatte zur Nutzung der Gentechnik findet gegenwärtig in Sachsen-Anhalt jedoch nicht statt. Bürgerproteste gegen Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Kulturpflanzen oder gegen Genfood-Lebensmittel sind bisher nicht bekannt geworden. Die vom BUND initiierte kommunale Initiative findet bis jetzt ebenfalls nur geringen Widerhall. Bisher wurde nach unserer Kenntnis nur im Stadtrat Halle durch Vertreter von Bündnis90/Die Grünen ein gleichlautender Antrag eingebracht.

Auch auf parlamentarischer Ebene gehört die Thematik bis auf einige kleine Anfragen (z.B. Drs. 3/1887 Antwort Drs. 3/2009; aktuell zwei Kleine Anfragen von M. Gärtner; Drs. 3/2592, 2593) nicht zu den Brennpunkten.

Innerhalb des PDS-Landesverbandes spielt die Problematik Gentechnik bisher überhaupt keine Rolle. Beispielhaft sei auf die 1. Tagung des 6. Landesparteitages (25./26.9.99) verwiesen. Aus den Thesen für die Programmdiskussion läßt sich sowohl eine Zustimmung als auch die Absicht zu einem differenzierten Umgang ableiten:

„Ohne eine umweltgerechte Wirtschaftsweise wird es keine langfristig sicheren Arbeitsplätze geben, die globalen und regionalen Probleme werden sich verschärfen. Die Antwort darf keine Technologiefeindlichkeit sein, sondern eine Anwendung alten und neuen Wissens mit innovativen Verfahren. Wer weiter auf sture Wachstumspolitik setzt, schafft keine Arbeitsplätze und riskiert den irreversiblen globalen ökologischen Kollaps.“ (Beschlüßheft S.14; Z. 35ff.).

Wie bei jeder Schlüsseltechnologie – und um eine solche handelt es sich bei der Gentechnik zweifellos – wird jeder Mensch früher oder später mit ihren Ergebnissen und Folgen – im guten wie im bösen, gewollt oder ungewollt – konfrontiert sein bzw. in Berührung kommen. Eine Standpunktbildung zu Möglichkeiten, Chancen und Risiken der sich stürmisch entwickelnden Gentechnik und ihrer praktischen Anwendungsfelder, der wirtschaftlichen Nutzung, der sozialen und ökologischen Auswirkungen und der ethischen Aspekte ist in einer linken Partei gerade unter dem Vorzeichen eines ungezügelt verlaufenden Prozesses der Globalisierung unerlässlich. Antworten, Meinungen, Positionen und Entscheidungen werden auch dem LV Sachsen-Anhalt schon in allernächster Zeit abverlangt werden. Eine klare Standpunktbildung ist m.E. gerade auch unter Berücksichtigung folgender landesspezifische Gesichtspunkte unerlässlich:

1. Sachsen-Anhalt weist große Wissenschaftstraditionen in der Pflanzenzüchtung, Genetik, Pharmazie, Medizin, Biotechnologie und molekularbiologischen Forschung und Lehre auf (Wirkungsstätte von Prof. Kurt Mothes und Prof. Hans Stubbe; frühere AdL-Institute in Gatersleben, Quedlinburg, Bernburg, Klein Wanzleben und Ascherleben; Institut für Biochemie der Pflanzen in Halle; Martin-Luther-Universität; Leopoldina in Halle).
2. Der größte Teil dieser Einrichtungen hat sich in der neuen Wissenschaftslandschaft behaupten können. Hervorgegangen sind aus ihnen Max-Planck- oder Wilhelm-Leibnitz-Institute oder sogar eine Bundesforschungsanstalt. **Alle** diese Forschungseinrichtungen bedienen sich gentechnischer Methoden und operieren mit gentechnisch veränderten Organismen bzw. entwickeln auf deren Grundlage neue Produkte.
3. Auf der Grundlage einer hoch entwickelten Gentechnik-Forschung und in ihrem Umfeld etabliert sich eine dynamische mittelständische Biotech-Industrie (z.B. PROBIODRUG, Halle; SunGene, Gatersleben; ICON GENETICS, Halle).
4. Die Region Halle/Leipzig hat am Bioregio-Wettbewerb teilgenommen. Obgleich nicht unter den Siegern, wurde der Leistungsfähigkeit und den Potentialen höchste Anerkennung gezollt.
5. Zu den Preisträgern des nur auf Ostdeutschland beschränkten InnoRegio-Wettbewerbes gehört der Beitrag „Pflanzentechnologie Nordharz/Börde“, mit einem ausdrücklich gentechnologisch orientierten Konzept.
6. Es sind auch durch zwei in Sachsen-Anhalt ansässige Institute Freisetzen gentechnisch veränderter Organismen beantragt bzw. genehmigt worden (siehe Anlage 1).
7. Alle Agrarmultis (AgrEvo, Monsanto, Novartis) sind mit Freisetzungsversuchen in Sachsen-Anhalt aktiv. Mit Stand 15.11.99 sind insgesamt 34 Freisetzen erfolgt (siehe Anlage 1).
8. Eine nicht unbeträchtliche Zahl Wählerinnen und Wähler, Sympathisanten und Mitglieder der PDS sind somit über ihre tägliche Arbeit oder Ausbildung mit der Gentechnik vertraut bzw. ihr Arbeitsplatz ist direkt betroffen.

Das umfangreich vorhandene Fachwissen, die große Zahl Interessierter und Betroffener sollte deshalb in die Meinungsbildung einbezogen werden. In diesem Sinne möchte das vorliegende Material den aktuellen Sachstand in Thesenform zusammenfassen und den Diskussionsprozeß in der PDS Sachsen-Anhalt damit initiieren.

2. Die Gentechnikdiskussion in der Öffentlichkeit

In der öffentlichen Wahrnehmung, die vorwiegend durch die Medien vermittelt wird, stehen sich mittlerweile nur noch uneingeschränkte Befürworter der Gentechnik in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft und strikt ablehnende Umweltaktivisten und Verbraucherschützer gegenüber.

Während die sogenannte Rote Gentechnik, insbesondere im humanmedizinischen Bereich, als nützlich angesehen wird - hier aber ethische Fragen diskutiert werden - leidet speziell die Grüne Gentechnik unter großen Akzeptanzproblemen. Die Ursachen dafür liegen in einer durch die Auseinandersetzungen um die Kennzeichnungspflicht und die Skandale um BSE, Dioxinverseuchung, Hormonfleisch oder Futtermittel eingetretene Vertrauenslücke, dem für den Verbraucher nicht erkennbaren Nutzen insektizid- oder herbizidresistenter Kulturpflanzen für die Qualität der Lebensmittel und dem Unverständnis von Ertragssteigerungen bei gleichzeitigem Überfluß des Nahrungsmittelangebotes in den Industrieländern.

Während Massenmedien, konservative Zeitungen und Behörden sich deutlich auf die Seite der Befürworter der Gentechnik stellen und mit diesen sogar kooperieren, sind linke Medien (z.B. ND, FREITAG) den Kritikern zugeneigt. Differenzierte Standpunkte sind gegenwärtig nahezu chancenlos; jede differenzierende Meinungsäußerung kommt einem Eingeständnis gleich und wird von der Gegenseite sofort instrumentalisiert. Der über die Medien geführte öffentliche Schlagabtausch ist auf beiden Seiten durch starke Polarisierung, Verkürzungen, Verharmlosungen / Übertreibungen, entsprechende Wortwahl und Emotionalität gekennzeichnet. Aufgestellte Behauptungen werden häufig nicht begründet, bewiesen oder ausargumentiert. Während die in die gentechnische Forschung und Entwicklung involvierten Wissenschaftler in den Anwendungen der Gentechnik keinerlei bzw. vernachlässigbare Risiken sehen, kommen die kritischen Stimmen bezeichnenderweise aus solchen Fachdisziplinen mit hoch komplexen Forschungsgegenständen wie der Ökologie.

3. Möglichkeiten und Risiken der Gentechnik

3.1. Was ist „Gentechnik“?

1. Unter dem Begriff Gentechnik werden alle die molekulargenetischen Methoden zusammengefaßt, die es erlauben, gezielt Gene aus dem Erbmateriale eines Organismus herauszuschneiden und diese unabhängig von Artgrenzen auf einen anderen zu übertragen. Spektakuläre Beispiele sind die Übertragung des Frostresistenzgens des Lachses auf die Erdbeere oder Teile des menschlichen Genoms auf Mäuse. Im Gegensatz dazu werden bei der Kreuzungszüchtung die Genome, d.h. die vollständigen Erbanlagen, der beiden Eltern kombiniert und die Nachkommenschaft auf die erwünschten Eigenschaften hin selektiert.

2. Die Biotechnologie, die sich der technischen Nutzung der Stoffwechselleistungen von Mikroorganismen, pflanzlicher und tierischer Zellkulturen sowie isolierter Enzyme widmet oder rein zellbiologische Techniken wie die In-vitro-Befruchtung („Retortenbaby“), die Mutagenese, die Zellfusion, die Erzeugung somatischer menschlicher oder tierischer Hybridoma-Zellen (Schaf „Dolly“) oder die Klonung gehören streng genommen nicht zur Gentechnologie. Der Begriff Gentechnik wird umgangssprachlich aber sehr unscharf und weit gefaßt, und schließt diese Techniken in der Regel mit ein.
3. Die Gentechnik wird als eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts angesehen. In Forschung und Entwicklung fließen deshalb weltweit öffentliche Gelder und privates Kapital wie in keinen zweiten Bereich. Sie wird als ein wesentlicher Standortfaktor im nationalen, europäischen und globalen „Standortwettbewerb“ angesehen.
4. Gentechnisch werden in Deutschland bereits weit über 50 Impfstoffe, Antikörper, Hormonpräparate, Blutgerinnungsfaktoren, Insuline u.a. Wirkstoffe hergestellt. Dabei ist es möglich geworden, Präparate industriell zu produzieren, die sonst aufwendig, in nicht ausreichender Menge und Reinheit aus tierischen (Insulin) und vor allem toten menschlichen Organen (Hypophysen) isoliert werden mußten.
5. In der Diagnostik können zunehmend mehr Erbkrankheiten mit Früherkennungsmethoden diagnostiziert werden. Der wichtigste Einsatzbereich ist die vorgeburtliche Diagnostik sowie die Genomanalyse bezüglich bestimmter Krebsarten.
6. Bei der therapeutischen Anwendung der Gentechnologie am Menschen wird die somatische Gentherapie und die Keimbahntherapie unterschieden. Eingriffe in die Keimbahn, d.h. die gezielte genetische Veränderung von Eizellen und Spermien, ist in Deutschland verboten. Bei der somatischen Gentherapie wird das Erbgut von Körperzellen direkt verändert oder es erfolgt eine Übertragung gentechnisch veränderter Körperzellen. Die Erfolgsaussichten werden gegenüber der anfänglichen Euphorie heute stark relativiert.
7. Zielsetzungen des Gentransfers bei Nutztieren umfassen u.a. die Verbesserung von Produktmenge und -qualität, eine Beschleunigung des Wachstums sowie die Verbesserung der Konstitution und Krankheitsresistenz. Der Schwerpunkt der Forschung liegt derzeit auf der Produktion therapeutisch wichtiger Proteine in den Milchdrüsen von Ziegen, Schafen oder Rind (sog. „Gen-Pharming“; z.B. Blutgerinnungsfaktoren).
8. In der Landwirtschaft („Grüne Gentechnik“) liegen die Schwerpunkte der Forschung, Entwicklung und Nutzung in der Übertragung von Resistenzen gegen Herbizide, Viren, Bakterien, Pilze, Insektenfraß oder Nematoden auf Kulturpflanzen, die Erhöhung der Toleranz gegenüber extremen Umweltbedingungen wie Kälte, Salz und Schwermetalle, eine Verbesserung der Nährstoffaufnahme und -verwertung, Veränderungen der Produkteigenschaften (Eiweiß-, Fettsäure- und Aminosäurezusammensetzung, Vitamingehalt, Festigkeit, Farbe, Haltbarkeit), Eliminierung von Allergenen, Bitterstoffen u.ä., männliche Pollensterilität zur Sortenentwicklung, Veränderung der Blütenfarbe bei Zierpflanzen, das Vermögen, Luftstickstoff zu fixieren oder im Boden vorhandene Schadstoffe abzubauen, Bioplas-

tik herzustellen oder auch mit Pflanzen Medikamente („nutraceuticals“) zu produzieren.

9. Der kommerzielle Anbau transgener Kulturpflanzen verzeichnet seit Mitte der 90er Jahre jährlich sprunghafte Zuwächse. Weltweit sind über 50 und in Europa sieben verschiedene gentechnisch veränderte Kultur-, Gemüse- und Zierpflanzenarten zum freien Handel zugelassen. Die wichtigsten sind Mais, Baumwolle, Raps, Kartoffeln, Sojabohne und Tomate.
10. In der Lebensmittelindustrie finden gentechnisch veränderten Mikroorganismen in der Milch-, Fleisch-, Fisch-, Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Bäckereien und Brennereien bereits eine umfangreiche Verwendung. Sie produzieren Enzyme, Lebensmittelzusatzstoffe, Vitamine, Aromen oder Aminosäuren. Bekanntestes Beispiel ist das ursprünglich aus Kälbermägen gewonnene Lab-Ferment für die Käseherstellung.
11. Im Umweltschutzbereich werden v.a. gentechnologisch veränderte Mikroorganismen zunehmend in der Umweltanalytik, für ressourcen- und umweltschonendere biotechnologische Verfahren und neuartige Sanierungstechniken von Altlasten eingesetzt.

3.2. Wo liegen die Risiken der Gentechnik?

Zur Zeit können keine allgemeingültigen Aussagen über Risiken getroffen werden; es ist gerade auch wegen der stürmischen Entwicklung jeweils eine detaillierte Bewertung des Einzelfalles erforderlich. Theoretisch sind Risiken der Gentechnik in folgenden Bereichen vorhanden:

Erhöhung des allergenen Risikos

Das Auftreten von Inhaltsstoffen mit toxischem oder allergenem Potential ist gleichermaßen bei konventionell gezüchteten und gentechnisch manipulierten Pflanzen möglich. Die Sicherheit ist gegenwärtig bei transgenen Pflanzen sogar höher, weil sie zahlreichen Sicherheitstests unterworfen werden.

Übertragung von Antibiotikaresistenzen

Transgene Pflanzen enthalten meist Antibiotikaresistenzgene, die zur Auslese benötigt werden (Markergene). Bisher heute konnte kein Nachweis geführt werden, daß ein Transfer dieser Gene von einer Pflanze auf Bakterien unter natürlichen Bedingungen erfolgt. Dagegen ist horizontaler Gentransfer der zahlreich bereits vorkommenden Antibiotikaresistenzgene unter Bakterien häufig (Kläranlagen!!).

Entwicklung resistenter Schädlinge

Resistenzbildungen sind Bestandteil des natürlichen Evolutionsprozeß. Deshalb ist es unerheblich, ob das Resistenzgen durch Züchtung oder Gentechnik eingebracht wurde. Resistenzdurchbrüche sind auch aus konventioneller Züchtung bekannt und ziehen Sortenwechsel nach sich. Das B.t.-Toxin des Bodenbakterium *Bacillus thuringiensis* wird schon seit 40 Jahren als umweltverträgliches Pflanzenschutzmittel eingesetzt; es ist auch im biologischen Landbau zugelassen. Das B.t.-Gen produziert nun in den transgenen Pflanzen das Gift in jeder Zelle. Das Schadinsekt nimmt die-

ses nun nur noch beim Fressen auf. Die breite und weltweite Anwendung hat zum Auftreten erster resistenter Maiszünsler und Baumwollkapselkäfer geführt! Es sind auch Schädigungen anderer Arten als der Zielinsekten beobachtet worden (USA: Monarch-Schmetterling; Schweiz: Florfliege).

Ausbildung von Herbizidresistenz

Konventionelle Herbizide erfassen meist nicht alle Beikräuter gleichermaßen bzw. schädigen in gewissen Umfang auch die Kulturart. Durch die Übertragung von Herbizidgenen ist jetzt der Einsatz von Totalherbiziden möglich. Einsparung chemischer Pflanzenschutzmittel; damit geringere Belastung des Bodens und der Gewässer sind möglich. Im Falle des Auftretens von Unkrautresistenzen machen sich jedoch weitere Herbizidgaben erforderlich, die die positive Umweltwirkung aufheben.

Nichtrückholbarkeit von Genen

Neben der Etablierung transgener Organismen in der Umwelt ist das Auskreuzen der Fremdgene auf verwandte Arten oder Wildformen der Kulturpflanzen möglich. Entscheidend ist, ob dieses Gen eine Veränderung des ökologischen Verhaltens und damit einen Selektions- und Fitneßvorteil bringt. Daß es zu einer unkontrollierten Auskreuzung kommen kann, ist beim Raps bereits nachgewiesen worden. Besonders schwerwiegende Folgen könnte das Entweichen genmanipulierter Mikroorganismen nach sich ziehen. Ein einmal „entwichenes Gen“ kann nicht wieder „eingefangen“ werden.

Ethische Probleme in der Humanmedizin

Ethische Fragen ergeben sich angesichts der leidvollen historischen Erfahrungen (Eugenik; Lyssenkoismus) in den mißbräuchlichen Anwendungen der Gentechnik beim Menschen.

In der Diagnostik können zunehmend mehr Erbkrankheiten frühzeitig diagnostiziert werden. Genomanalytisch erhobene Daten könnten Voraussagen über die individuelle Lebenserwartung, über Dispositionen für chronische Krankheiten und Anfälligkeiten für spezifische Risiken am Arbeitsplatz sein, was für Arbeitgeber, Krankenkassen und Versicherungsunternehmen von höchstem Interesse sein könnte. Daß dies in den USA bereits gängige Praxis ist, belegt folgende aktuelle Pressemitteilung (ND 12./13.02.2000). Danach hat Präsident Clinton eine Vorschrift erlassen, die es US-Bundesbehörden zukünftig untersagt, genetische Tests anzuordnen, um Informationen über die Gesundheit von Mitarbeitern zu erhalten. Diese ist aber weder für die Privatwirtschaft, noch für die Behörden der Bundesstaaten bindend. Der US-Kongreß erörtert derzeit einen Gesetzentwurf zum umfassenden Verbot der Diskriminierung durch genetische Tests am Arbeitsplatz und bei der Krankenversicherung.

Die Information über eigene genetische Dispositionen für Fehlbildungen oder Krankheiten können für den einen eine erhebliche psychische Belastung darstellen, für den anderen aber die bisherige Lebensplanung von Einschränkungen befreit. Ein ganz besonders schwieriger Bereich sind die mit der pränatalen Diagnostik verbundenen Abwägungen des Einzelnen.

Schon bei der somatischen Gentherapie stellt sich die Frage nach der Grenze zwischen Heilung und Verbesserung. Angesichts der erwarteten Gewinne ist es nicht verwunderlich, daß die Pharmakonzerne in diesem Wettlauf das Leben von Kranken und freiwilligen Probanden aufs Spiel setzen und sogar deren Tod riskieren.

Das 1996 durch den Europarat beschlossene „Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin“, auch als „Bioethik-Konvention“ bezeichnet, erlaubt gegenüber der strengen deutschen Gesetzgebung u.a. auch den Eingriff in die menschliche Keimbahn. Die Forschungs- und Industrielobby arbeiten deshalb daran, die rechtlichen Einschränkungen zu Fall zu bringen und drohen, ihre diesbezüglichen Forschungen in das Ausland, insbesondere nach den USA, auszulagern.

Gentechnik als Mittel der Monopolisierung und Globalisierung der Landwirtschaft

Eines der wichtigsten Argumente für den umfassenden Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft sei deren Aufgabe, die Probleme der Welternährung zu lösen. Angesichts der Prognose des Wachstums der Weltbevölkerung (8,5 Mrd. Menschen im Jahre 2025) und von Nettoverlusten der Anbauflächen durch Umweltverschmutzung, Verödung und Urbanisierung sei nur mit Hilfe der Gentechnik die erforderliche Verdopplung der Flächenerträge und die Erschließung von ungünstigen Flächen durch Anbau toleranter Sorten zu erreichen.

Allerdings standen bereits 1992 für jeden Erdenbürger am Tage statistische 2.700 Kilokalorien zur Verfügung! Die erfolgreichsten Gentech-Pflanzen Sojabohne, Mais, Raps und Baumwolle spielen in den hungernden Ländern der Subtropen und Tropen sowie des Sahel überhaupt keine Rolle. Denn das sind hauptsächlich Produkte für die Märkte der reichen Länder, wo sie den dortigen Bauern die Existenz erschweren. Typische Tropenpflanzen, wie sie in der Selbstversorgung der dörflichen Gemeinschaften eine entscheidende Rolle spielen sind bis auf Reis nicht darunter bzw. es werden erst zaghafte Versuche unternommen, diese gentechnisch zu bearbeiten.

Hervorgehoben wird der persönlicher Vorteil für den Bauern, der mit transgenen herbizid-, schädlings-, pilz- und virusresistenten Kulturpflanzen Pflanzenschutzmittel, Energie, Zeit und damit Geld sparen könne. Der Bauer brauche nunmehr nur noch ein einziges Herbizid Gegen Maiszünsler resistenter B.t.-Mais soll in den USA eine Ertragszuwachs bis 15% und eine Kosteneinsparung von 20-30 Mio \$ erbracht haben. Bei Soja betrug die Steigerung beim Ertrag bis zu 5% bzw. beim Einkommen 30 \$/ha und bei Baumwolle bis zu 7% bzw. 82 \$/ha.

Als Argumente gegen die wachsende Abhängigkeit des Landwirtes von den Agrarmultis werden ins Feld geführt:

- traditionelles Saatgut sei auch weiterhin auf dem Markt verfügbar, da es auch Saatgutfirmen gibt, die selbst keine Herbizide produzieren.
- Patentiertes Saatgut steht zwar in Konkurrenz zum klassischen Saatgut. Allerdings könne der Landwirt kann selbst auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Abwägung entscheiden: B.t.-Mais ist zwar teurer, aber der Maiszünsler kann bis zu 20% der Ernte trotz höheren Herbizideinsatzes vernichten.
- Patentierung bedeute nicht automatisch höhere Kosten bzw. Abhängigkeit. Patentierung sei nur ein Mittel im Wettkampf von Konkurrenten im Markt, um konkurrierende Firmen von der Verwertung der Erfindung ausschließen zu können. Die anschließende Vermarktung des Produktes spiele sich wie immer nach den Grundregeln des freien Marktes ab. Ein Instrument zur Monopolisierung des Marktes sei ein Patent somit nicht.

In Wirklichkeit ist der massenhafte Einsatz genmanipulierter Kulturpflanzen die Voraussetzung für die Globalisierung im Bereich der Agrarproduktion. Sie führt zu einer Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt durch wenige Chemie- und Saatgutkonzerne (Monsanto, Novartis, duPont, Astra Zeneca, AgrEvo) und zu einer weltweiten völligen Abhängigkeit der Bauernschaft. „Technologie-Nutzer-Vereinbarungen“ zwingen den Farmer dazu, neben dem Preis für das transgene Saatgut auch noch eine „Technologie-Gebühr“ zahlen zu müssen und per Unterschrift nicht mehr wie bisher üblich, selbst Saatgut zu gewinnen und einzusetzen. In den Ländern des Südens wird damit die mit der grünen Revolution in den 70er Jahren eingeleitete Zerschlagung der für die Ernährung lebensnotwendigen traditionellen subsidären Landwirtschaft vollendet. Globalisierungsstrategien nehmen keine Rücksicht auf soziale oder ökologische Verluste!

Verbunden ist diese Entwicklung langfristig mit negativen ökologischen Auswirkungen in der Landwirtschaft durch weitere Einengung der Fruchtfolgen, Einschränkung der zur Verfügung stehenden Sorten und Herbizide bzw. Verarmung der Lebensgemeinschaften der Agrarökosysteme. Gerade die flächendeckende gentechnische Perfektionierung der Nutzpflanzenzüchtung könnten zu einer noch weitreichenderen Vereinfachung des Arten- und Sortenspektrums führen. Die Erhaltung der genetischen Vielfalt in Genbanken ist dafür kein hinreichender Ersatz.

3.3. Wie hoch ist das Risiko der Gentechnik wirklich?

Die heutigen Wissenschafts- und Technikanwendungen sind ohne bewußte Risikoentscheidungen nicht mehr denkbar. Zur Problematik der Atomenergienutzung ergeben sich dabei vielfältige Parallelen. Die mit Fragen der Risikobewertung und -verteilung, Kosten-Nutzen- und Wahrscheinlichkeitsberechnungen befaßte Technikfolgeabschätzung sieht sich im Falle der Gentechnik bis jetzt noch nicht in die Lage versetzt, noch verantwortbare Risiken festzulegen. Insbesondere die Gefährdung zukünftiger Generationen ist nach dem bisherigen vergleichsweise kurzen Nutzungszeitraum noch nicht zu beurteilen. Wie offen diese Frage ist zeigt das Verhalten der Versicherungen. Bei diesen herrscht größte Verunsicherung über die Gestaltung der Policen vor, weil weder über Schadenshöhen noch Schadensfallwahrscheinlichkeiten, speziell die von Langzeitrisiken, verlässliche Prognosen getroffen werden können.

Richtung der Technologieentwicklung und ihre Nutzung werden entscheidend von den herrschenden ökonomischen Verhältnissen bestimmt. Die Gentechnologie unterliegt gleichermaßen den Verwertungsinteressen der großen Konzerne der chemischen, pharmazeutischen und Agrarindustrie wie jede andere Technologie oder Erfindung auch. Der Trend zur Kapitalkonzentration spiegelt sich auch hier wider.

Wissenschaft und Forschung sind ebenso Teil dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, so daß ständig die Gefahr besteht, jede traditionelle naturwissenschaftliche Forschungsethik zu ignorieren. Es wäre aber verhängnisvoll, eine mit den Risiken der Gentechnik begründete Einschränkung der Freiheit der Forschung zu fordern. Allerdings wird diese de facto über die Vergabe von an forschungs-, wirtschafts-, technologie- und gesundheitspolitische Entscheidungen gebundene Haushalts- und Forschungsfördermittel beschnitten.

Die im Falle der Gentechnik besonders große Nähe von Forschung und wirtschaftlichen Nutzen führt zu einer Sicherung von Verwertungsrechten durch Patentierung. Wenn Forschungsfreiheit als ein gleiches Recht für alle möglich sein soll, müssen wissenschaftliche und diagnostische Methoden in der Regel allen zugänglich sein.

Bei den nahezu unbegrenzten Möglichkeiten, die der Gentechnik innewohnen, müssen ethisch-moralische Aspekte essentieller Bestandteil der Bewertung von Risikotechnologien sein. Die Grundfrage lautet: Muß das, was machbar ist, auch gemacht werden?

Die gesellschaftspolitische Verantwortung für die Risiken der Gentechnik kann in einer von Profitstreben, Korruption und Verwertungsinteressen getriebenen Gesellschaft nur durch breiten außerparlamentarischen Druck, durch Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung eingefordert werden. Ständige öffentliche Kontrolle ist erforderlich, um das Risiko und das Ausmaß negativer Neben- und Folgewirkungen, die auch bei besten Absichten nie auszuschließen sind, möglichst gering zu halten. Die Ergebnisse von Technologiefolgebewertungen einschließlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen, ihrer Chancen und Risiken sind der Öffentlichkeit transparenter zu machen.

Der Ambivalenz der Gentechnik und ihren Risiken werden allerdings dumpfe Aversionen, Technologiefeindlichkeit oder moderne Maschinenstürmerei ebenso wenig gerecht wie nicht minder unbedachte bedingungslose Befürwortung und eine schrankenlosen Expansion. Bildung und Aufklärung der Menschen ist erforderlich, um sachkundig entscheiden zu können. Das Informationsdefizit wird gegenwärtig nur selektiv bedient und durch moralische Appelle (Hunger, Arbeitsplätze, Krankheiten, Umweltschutz ...) manipuliert.

Globale Nachhaltigkeit erfordert die Überwindung der wahren Ursachen für Armut, Hunger, Unterentwicklung, Krankheit, massenhafte Erwerbslosigkeit, Kinderarbeit, Kindersterblichkeit, Unwissenheit und Bevölkerungsexplosion in den sog. Entwicklungsländern. Die Ursachen liegen in der Ausplünderung durch die kapitalistischen Metropolen und die eigenen, meist korrupten Herrschaftsschichten, und im Kopieren des westlichen Konsummodells. Die Möglichkeiten der Gentechnik können höchstens die Folgen lindern, ohne die Ursachen zu beseitigen.

4. Thesen für eine Standpunktbildung der PDS

Die PDS muß für jedes Anwendungsfeld und meist auch einzelfallbezogen, einen differenzierten Standpunkt erarbeiten. Insbesondere die Ambivalenz der Nutzungs- bzw. der Mißbrauchsmöglichkeiten sowie die Unterwerfung der Ergebnisse der Gentechnik unter die globalen Verwertungsinteressen des Großkapitals mit all ihren Folgen gilt es zu thematisieren.

Den im Zuge der Problemlösungsversprechen globaler Probleme gebrauchten Argumentationen müssen eigene Lösungsansätze gegenübergestellt werden. Die aus Gründen der Akzeptanzgewinnung erfolgende dezidierte Benennung von Gebrechen, Mißständen und Fehlentwicklungen, die bisher bagatellisiert oder geleugnet wurden, stellt gewissermaßen eine „Steilvorlage“ für eine beweiskräftige Systemkritik dar. Viele der globalen Probleme ließen sich schon heute und auch ohne Gentechnik lösen –

sie sind ein Problem der gerechten Verteilung und ein Problem des Nord-Süd-Konfliktes.

Beispiele:

- Jährlich erblinden 13 Mio. Kinder wegen Vitamin A-Mangel infolge einseitiger Reismernährung. Transgener Reis mit einem implantierten Gen zur Vitamin A-Produktion soll nun Abhilfe schaffen.
- Die Anti-Matsch-Tomate erlaubt es, statt den bisher grün geernteten und nachgereiften Tomaten nun schmackhafte, weil reife Früchte zu ernten.
- Erst die herbizidresistenten Kulturarten erlauben zukünftig eine umweltschonende Landbewirtschaftung.

Das Hauptargument ist die Gewährleistung der Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung (2025 8,5 Mrd. Menschen). Da neue landwirtschaftliche Anbauflächen kaum noch zu erschließen sind und weitere Nettoverluste der Anbauflächen durch Umweltverschmutzung, Verödung und Urbanisierung eintreten werden, müssen die Flächenerträge mehr als verdoppelt werden. Dies und die Erschließung von ungünstigen Flächen durch Anbau toleranter Sorten sei nur mit Hilfe der Gentechnik möglich.

Die in den in dem zweiten Standpunktpapier unterbreiteten zur Thesen zur Gentechnik sollen ein Beitrag zur Standpunktbildung in der PDS insgesamt sein.

Anlage 1: Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Sachsen-Anhalt

Ort	Institution/ Firma	Kulturart	Veränderung	Zeitraum
Aschersleben	Bundesanstalt für Züchtungsfor- schung Quedlinburg	Kartoffel	Virusresistenz	1997-2005
Bönnshausen	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz; männlich steril	1999-2007
	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1999-2008
Bottmersdorf	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Mais	Herbizidtoleranz	1996-2005
	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1996-2005
	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1996-2005
	Deutsche Saatgutveredelung Lippstadt-Bremen GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1996-2006
	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1997-2006
	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1997-2002
Etzdorf	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1999-2008
Gatersleben	Inst. für Pflanzengenetik u. Kul- turpflanzenforschung	Tabak	Enzymproduktion	1996-1997
	Inst. für Pflanzengenetik u. Kul- turpflanzenforschung	Kartoffel	Kohlenhydratstoff- wechsel	1998-1999
	Inst. für Pflanzengenetik u. Kul- turpflanzenforschung	Erbse	Enzymproduktion	2000-2001
Gerbitz	Monsanto (Deutschland) GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1999-2006
	Monsanto (Deutschland) GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	2000-2005
	Monsanto GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1997-1999
	Monsanto GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2001
	Monsanto GmbH	Mais	Herbizidtoleranz	1998-2001
Gerbstedt	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1999-2002
	Novartis Seeds GmbH, Bad Sal- zuflen	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1999-2002
Großbadegast	Monsanto GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1996-1998
Klein Wanzle- ben	Planta Angew. Pflanzengenetik u. Biotechnologie GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1999-2006
	Planta Angew. Pflanzengenetik u. Biotechnologie GmbH	Zuckerrübe	Virusresistenz	1998-2003
Kröden	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz, männl. Steril	1998-2007
Ochtmersleben	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2002
	Monsanto GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2001
Ottersleben	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2002
	Novartis Seeds GmbH, Bad Sal- zuflen	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-1999
Peißen	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2002
	Monsanto GmbH	Zuckerrübe	Herbizidtoleranz	1998-2001
Quedlinburg	Bundesanstalt für Züchtungsfor- schung Quedlinburg	Kartoffel	Bakterienresistenz	1996-2002
Rahnsdorf	Monsanto GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1996-1998
	Monsanto GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1997-1999
Rohrberg	Hoechst Schering AgrEvo GmbH	Raps	Herbizidtoleranz	1999-2008

Anlage 2: Gesetzliche Grundlagen

Während die klassische Züchtung keiner vergleichbar strengen Gesetzlichkeit unterworfen ist – das Sortenschutzgesetz regelt die Sortenprüfung und –anerkennung und bestätigt demgegenüber nur die Neuheit einer Züchtung und verleiht den handelsrechtlich geschützten Sortennamen (dies stellt keine Patentierung dar!), unterliegen gentechnische Verfahren und Anlagen, das Freisetzen und das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen oder Produkten einer eigenen abgestuften Gesetzlichkeit.

Gesetz zur Regelung der Gentechnik (**Gentechnikgesetz**) vom 16.12.1993, geändert durch G. v. 24.6.94

- Schutz vor möglichen Gefahren gentechnischer Verfahren und Produkte
- Rahmen für Forschung, Entwicklung, Förderung und Nutzung
- Gesetz wirkt direkt; kein Rahmengesetz, das durch die Länder ausgestaltet werden kann
- Vollzug des Gesetzes und der sich darauf beziehenden Rechtsverordnungen obliegt den Ländern

Genehmigungsverfahren

- Gentechnische Arbeiten in vier Sicherheitsstufen eingeteilt, die entsprechende Anlagenstandards nach sich ziehen; die Arbeiten selbst sind für die Stufen 2-4 anzumelden
- gentechnische Anlagen für Arbeiten der Stufe 1 sind anzumelden; die für die Stufen 2-4 bedürfen einer Genehmigung in einem förmlichen Genehmigungsverfahren
- gentechnische Anlagen werden durch die Gewerbeaufsichtsämter genehmigt
- eine beabsichtigte Freisetzung eines gentechnisch veränderten Organismus (z.B. der Anbau außerhalb gentechnischer Anlagen auf einem Versuchsfeld) bedarf einer Genehmigung des Robert-Koch-Institutes unter Beteiligung weiterer Bundesbehörden
- das Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen bedarf einer Genehmigung des Robert-Koch-Institutes unter Beteiligung weiterer Bundesbehörden
- der Genehmigung des Robert-Koch-Institutes stehen entsprechende von Behörden der EU erteilte Genehmigungen gleich
- Vor der Erteilung einer Genehmigung für eine Freisetzung ist eine Stellungnahme der zuständigen Landesbehörde einzuholen

Das Gentechnikgesetz ist kein Rahmengesetz, das in die Landesgesetzgebung überführt werden muß; es greift voll durch. Gleiches gilt für untergesetzliche Regelungen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat in einer **Zuständigkeitsverordnung für das Gentechnikgesetz (Gent-ZustVO)** vom 4. Sept. 1997 (GVBl. LSA Nr. 38/1997; S. 820) die Zuständigkeiten seiner Behörden für den Vollzug des Gentechnikgesetzes geregelt.

Freisetzungsrichtlinie

(RL 90/220/EWG; Novelle ist in Vorbereitung.)

- Freisetzungsrichtlinie hat die Zulassung der Freisetzung und des Inverkehrbringens gentechnisch veränderter Organismen innerhalb der EG harmonisiert. Nationale Spielräume bestehen praktisch nicht.
- Zulassung der Vermarktung eines gentechnisch veränderten Organismus hat für die ganze EU Gültigkeit.
- Zuständig für die Genehmigung bei örtlich begrenzten Freisetzungen sind die Mitgliedsstaaten.
- Beim Inverkehrbringen besteht eine geteilte Zuständigkeit. Grundsätzlich entscheidet der Mitgliedstaat, bei dem der Zulassungsantrag gestellt wird. Erhebt dagegen ein anderer Mitgliedstaat Einwände, wird die Entscheidung auf europäischer Ebene durch die Kommission und ggf. durch den Rat im Regelungsausschußverfahren abschließend getroffen.
- Entgegen den Erwartungen und Befürchtungen werden Genehmigungen für das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen gegenwärtig ausschließlich auf der europäischen Ebene entschieden, weil regelmäßig von mindestens einem Mitgliedstaat Einwände gegen beabsichtigte nationale Zulassungen erhoben werden.
- Vergleichbare Bindungswirkung bei Ablehnung bereits auf nationaler Ebene besteht nicht. In diesem Fall kann der Versuch bei einem anderen Mitgliedstaat wiederholt werden. Allerdings dürfte dagegen der Einspruch des ersten Erfolgen.
- Freisetzungsrichtlinie enthält keine ausdrücklichen Regelungen über ein Nachzulassungsmonitoring (Nachkontrolle) hinsichtlich der nachträglichen Gewinnung von Risikowissen. Eine generelle Pflicht des Betreibers und Herstellers zum Nachzulassungsmonitoring wird als unverhältnismäßig angesehen. Die rechtlichen Möglichkeiten zur Erteilung von diesbezüglichen Auflagen sind stark begrenzt.
- Novelle der Freisetzungsrichtlinie soll enthalten
 - Bewertung auch von indirekten Effekten im Rahmen des Antragsverfahrens
 - Befristete Zulassung einer Genehmigung (auf 7 Jahre)
 - Möglichkeit der Auflage eines Nachzulassungsmonitorings

Stufenkonzept des Inverkehrbringens

Zulassung des Inverkehrbringens und die zu ihrer Vorbereitung erforderliche Prüfung nach der Freisetzungsrichtlinie bauen regelmäßig auf der vorherigen Prüfung und Zulassung der Freisetzung sowie den bei der Freisetzung gewonnenen Erfahrungen auf. Grundgedanke des Stufenkonzepts geht dahin, daß in den vorangegangenen Freisetzungsversuchen ausreichendes Risikowissen über die Eigenschaften und das Verhalten der gentechnisch veränderten Organismen in der Umwelt gewonnen worden ist, um auf der Grundlage der zusätzlichen Angaben des Antragstellers über Art und Umfang der Verwendung und die vorgesehene Verbreitung sowie gegebenenfalls vorgesehene Kontrollmaßnahmen die Risiken des Inverkehrbringens beurteilen zu können.

- Das Inverkehrbringen bewirkt im Vergleich zum Freisetzen eine weiterreichende Offenheit des Systems. Es ist mit diffusen Einwirkungsarten verbunden. Problematisch ist insbesondere, daß sich bestimmte Auswirkungen im kleinen Maßstab des Freisetzungsversuches nicht manifestiert haben, und sich erst bei der großflächigen Nutzung zeigen.

- Die Folgen der Einführung eines Organismus, z.B. einer transgenen Pflanze, durch Anbau in Umwelt können bei der Freisetzungsgenehmigung nur unvollkommen berücksichtigt werden, da in diesem Stadium noch nicht absehbar ist, ob sich eine auf dem Markt verwertbare Pflanze bzw. ein verwertbares Produkt gewinnen läßt und welche ökologische Wirkungen mit einem späteren Anbau in großem Maßstab verbunden sein können.
- Die Aussagekraft der bei einer Freisetzung gewonnenen Erfahrungen ist daher nur begrenzt auf die mit einer quantitativ erheblichen Ausweitung der Verwendung gentechnisch veränderter Produkte übertragbar, selbst wenn man den z.T. großflächigen Anbau im Ausland berücksichtigt.
- Der Inhaber der Zulassung kann mit Auflagen nicht ausreichend kontrolliert werden.

Die Forderung nach einer umfassenden Prüfung von Fern- und Langzeitwirkungen läßt sich wegen der Begrenztheit prognostischen Risikowissens im Zulassungsverfahren nur unvollkommen erfüllen.

Wie in anderen Fällen auch, ist die Gesetzgebung in den USA weniger stringent. Dort ist bei bestimmten Nutzpflanzen ein einfaches Anmeldeverfahren ausreichend. Daraus ergeben sich nicht nur Spannungen zwischen den USA und der EG und zwischen den USA und zahlreichen Entwicklungsländern (Gruppe der 77), sondern auch ein zunehmendes Druckpotential seitens der Wirtschaft, insbesondere der Agrar- und Pharmakonzerne auf den europäischen Gesetzgeber, eine gewisse Deregulierung vorzunehmen.

Der Rat für Forschung, Technologie und Innovation hat bereits 1997 sehr weitgehende Deregulierungsvorschläge des gentechnik-rechtlichen Zulassungsverfahrens bei Freisetzungen gemacht, die auf die Einführung von Anmeldeverfahren und sogar die Befreiung von der Zulassungs-/Anmeldepflicht bei bestimmten transgenen Organismen gerichtet sind.

Nach neueren Vorstellungen der EU soll ein vereinfachtes Verfahren für solche Freisetzungen ermöglicht werden, bei denen bereits ausreichende Erfahrungen vorliegen sowie für solche, die bestimmten in der neuen Richtlinie festzulegenden Risikokriterien (Taxonomie/Biologie, Risikopotential konventioneller Organismen; Gleichwertigkeit der Wirkungen der transgenen Organismen auf Ökosysteme) genügen.

Deregulierung des Zulassungsverfahrens zum Inverkehrbringen noch problematischer. EU erwägt eine vorsichtige Deregulierung. Deregulierung müßte mindestens mit einer Ausweitung der Begleitforschung und eines umfassenden Nachzulassungsmonitorings verknüpft werden.

Novel-Food-Verordnung

(VO 258/97/EG; Zusatzverordnungen 1813/97/EG und 1139/98/EG)

Im Bereich der Zulassung von Lebensmitteln stehen sich zwei unterschiedliche regulatorische Risikokonzepte gegenüber. Während das Lebensmittelrecht (außer bei Zusatzstoffen⁹ auf dem Grundsatz der Marktfreiheit beruht und lediglich ein Inverkehrbringen gesundheitsgefährdender Lebensmittel untersagt. (Mißbrauchsprinzip), geht das Gentechnikrecht von der Notwendigkeit einer präventiven Gefahrenabwehr und Risikovorsorge, die mit dem Inverkehrbringen verbunden sind, aus. Die Novel-Food-Verordnung entzieht zwar das Inverkehrbringen von Lebensmitteln mit gen-

technisch veränderten Bestandteilen weitgehend dem Anwendungsbereich der Freisetzungsrichtlinie, folgt aber im großen und ganzen dem Risikokzept. Die Verordnung führt ein gemeinsames Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel und ein gemeinsames Anmeldeverfahren für solche mit geringem Risiko sowie weitreichende Kennzeichnungsvorschriften ein, durch die eine Gefährdung des Verbrauchers verhütet und seine Information sichergestellt werden sollen. Ausgeklammert sind allerdings Zusatzstoffe, Aromen, Extraktionslösemittel und Enzyme. Bei Aromen greift dafür die VO 2232/96, die gentechnisch hergestellte Aromen neben einer toxikologischen Bewertung auch die Risikokriterien der Freisetzungsrichtlinie bei der Beurteilung der Gefährdung des Verbrauchers durch Verzehr zu beachten ist. Bei Zusatzstoffen fehlen entsprechende Regelungen. Dagegen fallen Enzyme, sofern sie nicht als Zusatzstoff, sondern als Verarbeitungshilfsstoff verwendet werden, völlig durch die Maschen der lebensmittelrechtlichen Präventivkontrolle.

Hinsichtlich der Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel gelten folgende Prämissen:

- stets sind im Lebensmittel vorhandene, transgene Organismen zu deklarieren,
- sind solche im Lebensmittel nicht mehr vorhanden, so besteht die Kennzeichnungspflicht dagegen nur, wenn das Lebensmittel einem konventionellen Lebensmittel hinsichtlich aller Merkmale und Ernährungseigenschaften nicht gleichwertig ist.
- es sind neuartige Stoffe zu kennzeichnen, die die Gesundheit bestimmter Bevölkerungsgruppen (z.B. Allergiker) beeinflussen können oder gegen die ethische Vorbehalte bestehen
- eine Positivkennzeichnung ist zulässig, wenn ausgeschlossen ist, daß das Lebensmittel gentechnisch verändert ist.

Weitere gesetzliche und untergesetzliche Regelungen werden getroffen in

- **Biotechnologie-Richtlinie** (RL 98/44/EG): Harmonisiert Patentierung von Pflanzen und Tieren
- **Saatgutverkehrsordnung**
- **Saatgutrichtlinie** (EU-RL ist in Bearbeitung)
- **Biozid-Richtlinie** (EU-RL in Vorbereitung): Einbeziehung der gentechnisch veränderten Organismen ist vorgesehen.
- **Lebensmittelrecht**
- **Arzneimittelrichtlinie** (VO 2309/93/EG): Legt die Gemeinschaftsverfahren für die Genehmigung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln und zur Schaffung einer europäischen Umweltagentur für die Beurteilung von Arzneimitteln fest.
- **Pestizid-Richtlinie** (EU Anpassung beabsichtigt)

Anlage 3: Glossar

Freisetzung	Versuchsweiser Anbau einer transgenen Kulturpflanze unter natürlichen Bedingungen (Feldversuch)
Gen	Abschnitt auf dem Erbmateriale (Genom), der die Information für ein vollständiges Protein enthält
Genom	Gesamtheit der Erbanlagen eines Organismus
Gen-Pharming	Produktion von Proteinen, Enzymen und Wirkstoffen in lebenden pflanzlichen und tierischen Zellen; werden z.B. mit der Milch von Schaf, Ziege und Rind ausgeschieden
Gentechnik	Gezielte Übertragung ausgewählter Eigenschaften von einem Organismus auf einen anderen, auch über Artgrenzen hinweg. Im Gegensatz zur Kreuzungszüchtung, bei der zwei Elterngenome kombiniert werden, werden durch gentechnische Methoden nur ein bis zwei Gene übertragen, deren Strukturen und Eigenschaften sehr gut bekannt sind. Sie können sowohl pflanzlichen Ursprungs sein, stammen aber auch aus mikrobiellen Herkünften. Der gentechnischen Nutzung steht prinzipiell die genetische Vielfalt aller Organismen zur Verfügung.
Gentherapie	Medizinisches Behandlungsverfahren, bei welchem das Erbgut von Körperzellen direkt verändert wird oder eine Übertragung bereits gentechnisch veränderter Körperzellen in den Organismus vorgenommen wird.
Horizontaler Gentransfer	Übertragung von Genen zwischen Zellen verschiedenen Arten, z.B. Pflanzen auf Mikroorganismen
Inverkehrbringen	kommerzielle Abgabe (Handel, Verkauf) von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen, an Dritte
Vertikaler Gentransfer	Übertragung von Genen zwischen Zellen einer oder nahe verwandter Arten.
Züchtung	Auslese und Neukombination vorhandener Merkmale. Künstliche Vergrößerung des Merkmalspools für die züchterische Auslese durch induzierte Mutationen (Mutagenese durch Chemikalien und Strahlung); Gattungsgrenzen können nicht überwunden werden (Ausnahme Triticale; Gattungsbastard aus Weizen und Roggen)

Dr. Uwe-Volkmar Köck
Fraktion der PDS
Landtag Sachsen-Anhalt
Umweltpolitischer Sprecher

Thesen zur Gentechnik

- Beitrag zur Standpunktbildung in der PDS -

Die PDS tritt für sozial-ökologisch sinnvolle Innovationen ein und bewahrt zugleich äußerst kritische Distanz zu Machbarem, wenn dies unübersehbare Gefahren birgt. Bei einem verantwortungsbewußten Umgang braucht die Menschheit aber auf die Leistungen gentechnisch veränderter Organismen und die Möglichkeiten, die die Gentechnologie als eine der Schlüsseltechnologien der Gegenwart und nahen Zukunft bietet, nicht zu verzichten.

Der Ambivalenz der Gentechnik werden dumpfe Aversionen, Technologiefindlichkeit oder moderne Maschinenstürmerei ebenso wenig gerecht wie eine bedingungslose Befürwortung und eine schrankenlosen Anwendung. So wie überzogene Wunschvorstellungen korrigiert werden mußten, haben sich glücklicherweise auch die Befürchtungen hinsichtlich der Risiken bis auf einzelne Fälle noch nicht bestätigt. Die Entscheidung für die gezielte Veränderung des Erbmaterials mittels gentechnischer Methoden sollte sich in jedem einzelnen Anwendungsfall an folgenden Leitfragen orientieren:

- Rechtfertigen die durch die Gentechnik gewonnenen Chancen die Inkaufnahme zusätzlicher Risiken? Gibt es risikoärmere Alternativen? Gibt es Systemalternativen, die das zu lösende Problem gar nicht erst entstehen lassen?
- Reicht unsere Kenntnis der realen Zusammenhänge aus, um nicht korrigierbare schwerwiegende Schäden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auszuschließen?
- Fördert die Anwendung der Gentechnik die Angleichung zwischen reichem Norden und armem Süden oder trägt sie dazu bei, die Gegensätze zu verschärfen?

Die Technikfolgeabschätzung sieht sich im Falle der Gentechnik bis jetzt noch nicht in der Lage, durchgängig die Grenzen des noch verantwortbaren Risikos festzulegen. Insbesondere die Gefährdung zukünftiger Generationen ist nach dem bisherigen vergleichsweise kurzen Nutzungszeitraum noch nicht zu beurteilen. Ausgehend von diesen Einschätzungen stellt die PDS hinsichtlich der Gentechnologie folgende Forderungen:

- Jeder Schritt der Gentechnologie bedarf strikter, gesetzlich gesicherter Kontrolle, öffentlicher Kennzeichnung, angemessener Schutzniveaus für die potentiell Betroffenen und vor allem außerparlamentarische Wachsamkeit und Gegenmacht. Einer Deregulierung der Zulassungsverfahren zur Freisetzung und zum Inverkehrbringen wird die PDS nicht zustimmen. Sie wird sich stattdessen dafür einsetzen, daß die Öffentlichkeitsbeteiligung im Gentechnikgesetz wieder verankert wird.

- Um die gesellschaftspolitische Verantwortung für die Risiken der Gentechnik in einer von Profitstreben und Verwertungsinteressen bestimmten Gesellschaft wahrzunehmen, wird die PDS einen breiten außerparlamentarischen Druck, öffentliche Kontrolle und Bürgerbeteiligung einfordern und unterstützen.
- Die PDS lehnt kompromißlos die Patentierung von Genen ab, weil damit exklusive Nutzungsrechte für Pflanzen, Tiere und Teile des menschlichen Körpers an den Patentinhaber vergeben werden. Patente schließen gerade die Nachnutzung in der Dritten Welt auf lange Zeit aus. Patentierung dient allein der künftigen Verwertungssicherheit und Monopolbildung. Die PDS setzt sich deshalb dafür ein, die bisherigen Regelungen des Patent- und Urheberrechts zu korrigieren und eine Neuverhandlung des Trips-Abkommens zu erreichen.
- Die PDS tritt dafür ein, daß die bereits im Gentechnikgesetz enthaltenen Festlegungen zur Haftung für Schäden, die von transgenen Organismen verursacht werden, vollziehbar ausgestaltet werden (Verursacherprinzip).
- Mit größter Sorge nimmt die PDS die Entwicklungen auf dem Gebiet der humanen Gentherapie zur Korrektur von Gendefekten zur Kenntnis, wo angesichts eines gewinnträchtigen Zukunftsmarktes im Wettlauf der Pharmakonzerne bedenkenlos das Leben der Probanden aufs Spiel gesetzt wird.
- Die PDS lehnt generell eine Anwendung der Gentechnologie für eine Steigerung und Optimierung menschlicher Fähigkeiten ab.
- Die PDS setzt sich für die Beibehaltung des Verbots gentechnischer Eingriffe in die Keimbahn, die Erhaltung der höheren deutschen Standards als Minimalforderung und eine diesbezügliche Verschärfung der 1996 beschlossenen Bioethik-Konvention ein. Die gerade vom Bundestag eingesetzte Enquetekommission zur Biomedizin ist dahingehend zu bewegen, daß nicht nur die Belange von Forschung und Industrie Gehör erhalten, sondern auch Verbände und interessierte Gruppen beteiligt werden und ein kritisches Bewußtsein in der Öffentlichkeit zu entwickeln ist.
- Die PDS wirkt darauf hin, daß Deutschland das Ende Januar 2000 abgeschlossene Biosafety-Protokoll schnellstens ratifiziert und umgesetzt wird, das den internationalen Handel mit und die Kennzeichnung von genmanipulierten Organismen regelt und die Rechte der Importländer stärkt.
- Dem Verbraucher ist durch umfassende Information und ein ausreichendes alternatives Angebot die Möglichkeit einer eigenverantwortlichen Entscheidung über die Auswahl der Lebensmittel mit und ohne genfood-Bestandteilen einzuräumen.
- Die PDS fordert, transgenen Organismen mit einem Antibiotika-Resistenzgen die Zulassung zu entziehen und generell auf deren Verwendung als Marker zu verzichten.
- Die PDS fordert, umgehend ein Langzeit-Nachzulassungsmonitoring auf Kosten des Anwenders rechtsverbindlich festzuschreiben, um die Daten- und Bewertungsgrundlagen für getroffene Entscheidungen zu überprüfen und die Prognose-sicherheit der Risikoabschätzung zu erhöhen.

- Die PDS fordert mit Hinblick auf die UN-Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt eine Begrenzung des Einbringens neuer Genkonstrukte in Wildpopulationen. Sie setzt sich für eine internationale Konvention ein, die vereinbart, wieviel neukombinierte Gene in der Umwelt toleriert werden können.
- Die PDS fordert, im Naturschutzrecht den Anbau herbizid- und insektizidresistenter Nutzpflanzen bis zum erbrachten Langzeitnachweis der Unbedenklichkeit nicht als „die gute landwirtschaftliche Praxis“ anzuerkennen.
- Weil durch den breiten Einsatz der Gentechnologie eine beschleunigte Vereinfachung des Arten- und Sortenspektrums droht, fordert die PDS, ausreichende Mittel für den Ausbau von Ex-situ-, In-situ- und Onfarm-Erhaltung einzusetzen, um späteren Generationen die Nutzung der genetischen Vielfalt unserer Kulturpflanzen zu erhalten. Wir schlagen als Standort für eine zentrale Genbank für Kulturpflanzen das auf eine jahrzehntelange Tradition aufweisende Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben (Sachsen-Anhalt) vor; die Einrichtung einer solchen zentralen deutschen Genbank darf allerdings nicht auf Kosten bestehender, auf bestimmte Kulturarten spezialisierte Genbanken erfolgen.
- Die PDS wird versuchen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß der massenhafte Einsatz genmanipulierter Kulturpflanzen zu einer Monopolisierung auf dem Saatgut- und Agrochemikalienmarkt durch wenige Chemie- und Saatgutkonzerne und zu einer auf den Weltmarkt ausgerichteten und in völlige Abhängigkeit geratende Bauernschaft führen und in den Ländern des Südens die mit der „Grünen Revolution“ eingeleitete Zerstörung der lebensnotwendigen traditionellen subsidären Landwirtschaft vollenden wird. Die PDS wird diejenigen, die sich dagegen zur Wehr setzen, unterstützen und für eine „Entwicklungshilfe“ eintreten, die die Abhängigkeit des Südens vom Norden nicht weiter erhöht.
- Wegen der Komplexität der ökologischer Zusammenhänge und der Nichtrückholbarkeit ist das Risikopotenzial bei einem Entweichen gentechnisch veränderten Individuen bzw. transgener Genome in die Umwelt besonders hoch. Die PDS lehnt deshalb die ungehemmte Freisetzung und das großflächige Inverkehrbringen transgener Kulturpflanzen beim gegenwärtigen Kenntnisstand der möglichen Folgen grundsätzlich ab. Sie wird darauf hinwirken, daß sich die BRD dem Moratorium anderer westeuropäischer Staaten hinsichtlich der Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen anschließt.
- Die PDS wird deutlich machen, daß sich die globalen Probleme schon heute und auch ohne Gentechnik lösen lassen – sie sind ein Problem der ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und ein Problem des Nord-Süd-Konfliktes.

„... stets, wenn von Fortschritten wissenschaftlicher Einsichten ... die Rede ist, meldet sich warnend der Dialektiker, der wohl weiß, dass jeglicher Fortschritt auch mit Verzicht verbunden sein kann, dass er gar die Kainsmale der Destruktion, der mangelnden Verantwortlichkeit der Urheber des Neuen für das Neue, aber auch der Verselbständigung der scheinbar gebändigten Kräfte mit sich führen kann.“

R. Mocek

Standpunkt der PDS-Landtagsfraktion zur Grünen Gentechnik

- Heutige Wissenschafts- und Technikanwendungen sind ohne bewusste Risikoentscheidungen nicht mehr denkbar. Diese stellen sich um so unschärfer und damit weniger überschaubar dar, je komplexer eine neue Technologie und deren Wechselwirkungen mit der Techno-, Sozio- und Ökosphäre sind.
- Risikominimierung beginnt mit der Kommunikation darüber, welche Risiken erwartet werden können und wer davon betroffen sein könnte. Dazu bedarf es der Bereitschaft und der Fähigkeit der Akteure zur Kommunikation. Die Glaubwürdigkeit einer Risikokommunikation entsteht vor allen Dingen durch eine umfassende Einbeziehung der Betroffenen. Nicht die Verlagerung des politischen Streits in Sachverständigen-Gremien, sondern eine ergebnisoffene prozessorientierte Risikokommunikation steht auf der Tagesordnung, um Sachverstand mit fundamentalen Werturteilen zu kombinieren.
- Die mit Fragen der Risikobewertung und -verteilung, Kosten-Nutzen- und Wahrscheinlichkeitsberechnungen befasste Technikfolgeabschätzung sieht sich im Falle der Gentechnik bis jetzt noch nicht in die Lage versetzt, noch verantwortbare Risiken festzulegen. Insbesondere die Gefährdung zukünftiger Generationen ist nach dem bisherigen vergleichsweise kurzen Nutzungszeitraum noch nicht sicher zu beurteilen.
- Wie bei allen bisherigen technologischen Entwicklungen in der Geschichte der Menschheit erwachsen Gefahren auch bei Biotechnologie und Gentechnik weniger aus der Technologie selbst, sondern in der Aneignung und Verwertung der Ergebnisse und im möglichen Missbrauch durch Einzelne oder Teile der menschlichen Gesellschaft, somit aus den Produktions- und Herrschaftsverhältnissen. Und diese sind in der heutigen Welt nun einmal kapitalistisch geprägt.
- Diese Herrschaftsverhältnisse lassen sich durch eine Ablehnung der Gentechnik nicht verändern. Es gilt, streng zwischen den naturwissenschaftlichen, ökonomischen, sozialen und ethisch-moralischen Aspekten sowie den zwischen ihnen bestehenden Wechselwirkungen zu unterscheiden. Angesichts der Möglichkeiten, die der Gentechnik innewohnen, müssen ethisch-moralische Aspekte essentieller Bestandteil der Bewertung von Risikotechnologien sein. Die Grundfrage lautet: Muss das, was machbar ist, auch gemacht werden?
- Wissenschaft und Forschung sind ebenso Teil dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, so dass ständig die Gefahr besteht, sich über die traditionelle naturwissenschaftliche Forschungsethik hinwegzusetzen. Es wäre aber verhängnisvoll, eine mit den Risiken der Gentechnik begründete Einschränkung der Freiheit der Forschung zu fordern. Allerdings wird diese de facto

über die Vergabe von an forschungs-, wirtschafts-, technologie- und gesundheitspolitische Entscheidungen gebundene Haushalts- und Forschungsfördermittel beschnitten.

- Die im Falle der Gentechnik besonders große Nähe von Forschung und wirtschaftlichen Nutzen führt zu einer Sicherung von Verwertungsrechten durch Patentierung. Wenn Forschungsfreiheit als ein gleiches Recht für alle möglich sein soll, müssen wissenschaftliche und diagnostische Methoden in der Regel allen zugänglich sein.
- Die gesellschaftspolitische Verantwortung für die Risiken der Gentechnik kann in einer von Profitstreben, Korruption und Verwertungsinteressen getriebenen Gesellschaft nur durch breiten außerparlamentarischen Druck, durch Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung eingefordert werden. Ständige öffentliche Kontrolle ist erforderlich, um das Risiko und das Ausmaß negativer Neben- und Folgewirkungen, die auch bei besten Absichten nie auszuschließen sind, möglichst gering zu halten. Die Ergebnisse von Technologiefolgebewertungen einschließlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen, ihrer Chancen und Risiken sind der Öffentlichkeit transparenter zu machen.
- Der Ambivalenz der Gentechnik und ihren Risiken werden allerdings dumpfe Aversionen, Technologiefindlichkeit oder moderne Maschinenstürmerei ebenso wenig gerecht wie nicht minder unbedarfte bedingungslose Befürwortung einer schrankenlosen Expansion. Bildung und Aufklärung der Menschen ist erforderlich, um sachkundig entscheiden zu können. Das Informationsdefizit wird gegenwärtig nur selektiv bedient und durch moralische Appelle (Hunger, Arbeitsplätze, Krankheiten, Umweltschutz ...) manipuliert.
- Die PDS tritt für sozial-ökologisch sinnvolle Innovationen ein und bewahrt zugleich äußerst kritische Distanz zu Machbarem, wenn dies unübersehbare Gefahren birgt. Bei einem verantwortungsbewussten Umgang braucht die Menschheit aber auf die Leistungen gentechnisch veränderter Organismen und die Möglichkeiten, die die Gentechnologie als eine der Schlüsseltechnologien der Gegenwart und nahen Zukunft bietet, nicht zu verzichten.
- Aufgrund der weltweit vorliegenden Erfahrungen kann davon ausgegangen werden, dass gentechnisch veränderte Organismen keine höheren Risiken aufweisen, als aus der Summe der Risikopotenziale des Empfängerorganismus und der eingebrachten genetischen Information abgeleitet werden kann.
- Die PDS stellt bei der Entscheidung über Aspekte der Gentechnik und anderer moderner Biotechnologien im alltäglichen Politikprozess folgende Grundprinzipien in den Mittelpunkt:
 - Die Würde des Menschen ist unantastbar (Art. 1 Grundgesetz).
 - Die Biodiversität, einschließlich der genetischen Vielfalt der traditionellen Kulturpflanzensorten und Haustierrassen, die auch durch moderne konventionelle Züchtung eingeschränkt wird, ist zu schützen und der Tierschutz als ein erhebliches rechtliches Gut zu beachten.
 - Die reale Chance sowie die Wahlfreiheit eines gentechnikfreien Lebens sind als gesellschaftlicher Grundwert zu schützen.
 - Bio- und gentechnische Forschungsprozesse sind transparent und demokratisch kontrollierbar zu gestalten.
 - Jedes Vorhaben anwendungsbezogener Forschung sollte ausdrücklich mit prospektiver und begleitender Anwendungsfolgenabschätzung verbunden werden. Diese Anwendungsfolgenabschätzung sollte als Bestandteil der Forschungsvorhaben selbst behandelt werden und den gesamten Innovationsprozess umfassen.

- Im Forschungsprozess sowie bei den politischen Steuerungsentscheidungen und der vorhergehenden Politikberatung ist die Vielfalt der inhaltlichen und methodischen Ansätze zu garantieren.
- Die PDS setzt sich dafür ein, dass eine unkontrollierte Ausbreitung und Auskreuzung gentechnisch veränderter Pflanzen ebenso vermieden wird wie die Reduzierung der Artenvielfalt. Die Freisetzung gentechnisch veränderten Saatgutes kann dies zur Zeit jedoch nicht garantieren. Darüber hinaus muss garantiert werden, dass die Landwirte nachweisbar gentechnisch unverändertes Saatgut erwerben können. Es muss darüber hinaus transparent sein, auf welchen Feldern gentechnisch verändertes Saatgut wächst, um Auskreuzungen und Vermischung verhindern zu können.
- Bei alldem übersehen wir nicht, dass Globale Nachhaltigkeit die Überwindung der wahren gesellschaftlichen Ursachen für Armut, Hunger, Unterentwicklung, Krankheit, massenhafte Erwerbslosigkeit, Kinderarbeit, Kindersterblichkeit, Unwissenheit und Bevölkerungsexplosion in den sog. Entwicklungsländern, aber auch der Neuen Armut in den Metropolen voraussetzt. Die Möglichkeiten der Gentechnik können höchstens einige Folgen lindern, ohne die Ursachen zu beseitigen.

Daraus abgeleitet hat die PDS-Landtagsfraktion ihre Position zur Grünen Gentechnik wie folgt bestimmt:

1. Die PDS-LT-Fraktion wird die in Sachsen-Anhalt an langjährige Wissenschaftstraditionen anknüpfende hoch entwickelte Biotechnologie- und Gentechnik-Forschung und die sich in ihrem Umfeld etablierende dynamische mittelständische Biotech-Industrie aufmerksam verfolgen, fördern und zugleich kritisch begleiten.
2. Die PDS-Landtagsfraktion wird sich verstärkt für die Etablierung einer öffentlichen Risikokommunikation zu Fragen der Risiken der Gentechnik im allgemeinen und des geplanten Anbauprogramms im Besonderen einsetzen.
3. Die PDS wird sich für einen massiven Ausbau der vorsorgenden, begleitenden und kontrollierenden Technikbewertungs- und -bedarfsforschung einsetzen. Die Ausweitung einer systematischen biotechnischen Sicherheits- und Begleitforschung schließt die Förderung von Grundlagenforschung zur gezielten Eliminierung von Risikofaktoren ein.
4. Die PDS-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, die traditionelle Züchtung und Züchtungsforschung auf hohem Niveau zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die bestehenden Genbanken sind im notwendigen Umfang zu erhalten und gezielt auszubauen. Sie sind spätestens dann als Alternative essentiell, wenn bei einzelnen Kulturarten oder im Langzeitgebrauch entgegen der Erwartungen unverantwortbare Nebenwirkungen auftreten. Genbanken stellen auch für die Biotechnologie ein unerschöpfliches Reservoir an Genmaterial für die Nutzung bereit.
5. Die PDS wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass durch das bevorstehende Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und daraus entstehender Nahrungs- und Genussmittel die Wahlfreiheit für Verbraucher gewährleistet bleibt und er ein adäquates Angebot an Lebensmitteln vorfindet.
6. Die PDS wird sich gleichermaßen für einen Schutz der Landwirte einsetzen, die sich für einen Verzicht des Anbaus genveränderter Kulturen entschieden haben. Dies schließt die Regelung der Haftungsfragen und die Bildung eines Haftungsfonds ein.

MDR.DE | 17. März 2004 | 10:30

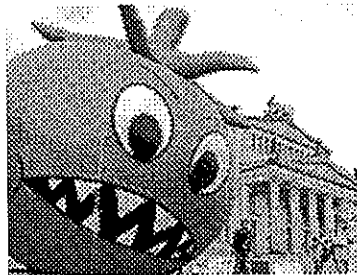
<http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/1202104.html>

Anzeige

Landwirtschaft & Verbraucher**Größte Vorsicht bei der Gentechnik**

Ein Boom genetisch manipulierter Lebensmittel ist angesichts der weit verbreiteten Skepsis nicht in Sicht. Es herrscht allgemeine Vorsicht - Handel, Hersteller und Landwirte warten ab. Doch anders als von Umweltschützern erhofft, ist ihre Ablehnung keine grundsätzliche. Die Gentechnik-Gegner warnen derweil vor dem schleichenden Einzug noch unbekannter Gefahren.

Das jetzt auf den Weg gebrachte Gesetz zur Gentechnik in der Landwirtschaft berührt ein "heißes Eisen". An genetisch manipulierten Lebensmitteln scheiden sich die Geister und die Angst, unkontrollierbare neue Gefahren zu wecken, treibt die zahlreiche Gegner des "novel food" an.

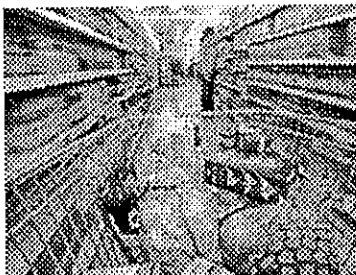


BUND-Protest gegen genmapulierte Lebensmittel am 9. Februar 2004 in Berlin

Am Montag errichteten sie eine Fünf-Meter-Tomate in Berlin, um gegen die schleichende Verbreitung genetisch veränderter Organismen zu demonstrieren. Derweil vertreibt Greenpeace seinen kostenlosen Einkaufsratgeber "Essen ohne Gentechnik". Darin steht, dass immer mehr Hersteller und Händler keine Gen-Produkte verwenden wollten. Zuletzt hätten 28 weitere Firmen wie Bahlsen, Meica oder Tengelmann ihre Haltung dahingehend geändert, hieß es: Das belege, wie stark die Verbraucher Gen-Food ablehnten.

Vorsicht im Handel

Unterdessen prescht die Landesregierung von Sachsen-Anhalt vor. Sie will zum wirtschaftlichen Vorteil des eigenen Landes gentechnische Methoden in der Landwirtschaft vorantreiben. Ob die so produzierten Lebensmittel überhaupt jemand will, ist jedoch offen. Auch Handel und Industrie rechnen zunächst mit starker Zurückhaltung.



Die Entscheidung fällt im Supermarkt

Nach Aussagen von Metro-Pressesprecher Hohmeyer ist der größte deutsche Handelskonzern aber weder Befürworter noch Gegner der Gentechnik. Entscheidend für einen Händler sei, was verkaufbar ist, sagte Hohmeyer MDR.DE.

Im Zweifel richte hier also der Verbraucher. Den allerdings schätzt auch die Metro als ausgesprochen skeptisch gegenüber der Gentechnik ein. Wichtig sei daher, dass

Verbraucher informiert seien, sagte Hohmeyer. Metro begrüße die von der EU verschärfte Kennzeichnungspflicht, die auch geringste Mengen gentechnisch veränderten Materials in der Nahrung ausweisen müsse.

Nach Angaben Hohmeyers sind alle Metro-Eigenmarken zunächst gentechnikfrei. Das habe sich in einer noch laufenden Umfrage unter den Herstellern ergeben. Notfalls könnten diese auch auf andere Grundstoffe ausweichen. Druck werde allerdings nicht ausgeübt. Auch wollte Hohmeyer keine Festlegung für alle Zukunft treffen. Es sei

zum Thema**Größte Vorsicht bei der Gentechnik**

Bauern in Sorge um Saatgut

Quedlinburger Forscher für Gentechnik

Kabinett beschließt Gentechnik-Gesetzentwurf

Der Streit um die Gentechnik

Links in MDR.DE

Startschuss für Genmais in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt startet Initiative zu Gen-Maisanbau

Künast verteidigt neues Gentechnik-Gesetz

Freiland-Versuch mit Gen-Weizen in Bernburg geplant

Abstimmung

Werden Sie "Gen-Food" essen?

mehr aus dieser Rubrik

Waggonwerk Ammendorf droht erneut Schließung

Kultusministerium setzt Ströbeck schachmatt

CDU-Fraktion sieht Justizminister Becker rehabilitiert

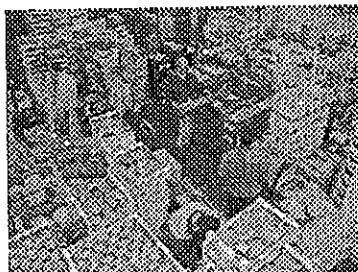
Weitere Meldungen aus Sachsen-Anhalt

Bauhaus Dessau kümmert sich um schrumpfende Städte

einfach noch nicht abzusehen, wie sich das Verbraucher-Verhalten entwickeln werde.

Vorsicht in der Industrie

Für Sachsen-Anhalts Lebensmittelhersteller im Verband der Ernährungswirtschaft spielen gentechnisch veränderte Nahrung oder Grundstoffe dazu noch keine Rolle. Hauptgeschäftsführer Andritzki sagte MDR.DE, die Unternehmen hielten sich zurück.



Noch spielt Gen-Food keine nennenswerte Rolle

Auch Andritzki wollte keine Prognose abgeben. Er vermutete aber, dass sich das Verhalten der Verbraucher ändern werde. Noch sei es allerdings stark bestimmt von Unwissenheit und irrationalen Ängsten vor "Kaninchen mit eckigen Ohren". Die so genannte rote Gentechnik in der Medizin sei weitgehend akzeptiert. Die "grüne" Gentechnik aber werde gleichgesetzt mit schädlicher Chemie und zumeist abgelehnt.

Auch Andritzki sprach sich für strenge Kontrollen aus, um sicher zu sein, was in den Produkten ist, und dass die derzeit gehandelten gentechnikfrei seien. Er räumte jedoch ein, dass bei "internationalen" Grundstoffen wie Hefe oder Stärke keiner mehr richtig sicher sein könne. Auch bei Mais und Soja wisse niemand, "wohin die Reise geht".



Verbraucherministerin Künast kann Gentechnik nicht verhindern

Reglungen verschärft

Das Ministerium für Verbraucherschutz räumte ein, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel undeklariert bereits im Umlauf sein könnten. Sprecherin Horzetzky sagte, dies sei nach dem alten EU-Recht möglich geworden, mit dem eine Bestätigung der Unschädlichkeit von anerkannten Forschern für eine Anmeldung bei der EU-Kommission in Brüssel ausreichte.

Ab 18. April jedoch muss nach Angaben Horzetzky's alles gekennzeichnet sein, was aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt wurde. Die neue EU-Verordnung beziehe jetzt auch das Tierfutter ein. Das neue deutsche Gesetz zur Gentechnik in der Landwirtschaft setze derweil die EU-Freisetzungs- und Koexistenzrichtlinie um. Ab dem Sommer soll damit feststehen, was Landwirte dürfen, die Gentechnik einsetzen wollen. Vor allem aber soll es diejenigen schützen, die dies nicht wollen.

Horzetzky betonte, dass es nur dann Genehmigungen gebe, wenn sich keine Hinweise auf Gefährdungen ergeben hätten. Die Sprecherin bedauerte dabei zwar, dass für solche Prüfungen noch viel zu wenig Zeit vergangen sei, bisher höchstens zehn Jahre. Man könne mit Genehmigungen aber nicht 50 Jahre warten und müsse daher die laufenden im Blick behalten.

Deutschland bremst

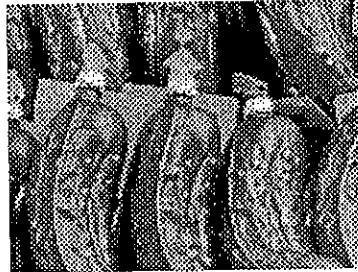
In Europa gehört Deutschland im Gegensatz etwa zu Spanien zu den Skeptikern bei der Gentechnik: Die Bundesregierung hatte zuletzt im Dezember verhindert, dass die genetisch veränderte Mais-Sorte BT 11 auf den europäischen Markt gelangt.

EU-Verbraucherschutzkommissar Byrne forderte zuletzt vergangene Woche, Berlin solle den Widerstand aufgeben. Der seit 1998 bestehende Zulassungsstopp für Gen-Pflanzen sei überholt, sagte Byrne der "Berliner Zeitung" und verwies auf neue Gesetze und

Kontrollmöglichkeiten. Genetisch veränderte Nahrungsmittel und Tierfutter würden jetzt klar gekennzeichnet: "Die Kunden im Supermarkt können wählen."

Gentechnikfreie Zonen

Unterdessen kämpfen auch die Parteifreunde der Ministerin nicht nur in Brandenburg für gentechnikfreie Zonen. Die "gentechnikfreie Region Schorfheide-Chorin" um Angermünde etwa hat nach Ansicht der Grünen gute Chancen, den Geschmack der Verbraucher zu treffen.



Gurken ohne Gentechnik?

"Das ist eine Chance für die Brandenburger Landwirte, und die Bauern hier ergreifen sie auch", sagte der Berliner Grünen-Politiker Wieland, designierter Spitzenkandidat für die Landtagswahl im September. Er zeigte sich bei einem Ortstermin in der vergangenen Woche überzeugt, dass die meisten Menschen gegen genetisch veränderte Lebensmittel sind. Keiner wolle eine genmanipulierte Spreewaldgurke. Der Trend gehe stattdessen zu hochwertigen naturnahen Produkten.

Solchen Produkten stehe der Berliner Markt offen, ergänzte die agrarpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Höfken. Auch im Spreewald wollten die Bauern ab März auf verändertes Saatgut oder Futtermittel verzichten. Nach Ansicht von Experten ist es jedoch schwierig, ganze Regionen gentechnikfrei zu halten. Saatgut könne durch den Wind unkontrolliert verbreitet werden.

zuletzt aktualisiert: 08. März 2004 | 10:00

frühere Meldungen

11. Februar 2004

Bauern sorgen sich um das Saatgut

15. Januar 2004

Künast verteidigt neues Gentechnik-Gesetz

12. Januar 2004

Startschuss für Genmais in Sachsen-Anhalt

08. November 2003

Sachsen-Anhalt prescht bei Gen-Maisanbau vor

© 2004 | MDR.DE



Keine Gentechnik in der Landwirtschaft

Mitglieder-Appell an die PDS-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt

12.03.2004

Liebe Genossinnen und Genossen in Sachsen-Anhalt,
Liebe Genossin Petra Sitte,

mit großem Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass die PDS Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt sich für die Forschung im Bereich der Gentechnik und den Anbau von genmanipuliertem Mais ausgesprochen hat. Nach Aussage der Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Petra Sitte, würden demnach die Vorteile der Gentechnik die Nachteile überwiegen.

Diese Position können wir nicht teilen, da sie unseres Erachtens nicht nur im Widerspruch zur PDS-Programmatik (EU-Wahlprogramm), sondern auch zu grundlegenden, ethisch-normativen Werten steht!

Die Natur weist ein hochkomplexes Gefüge auf, welches der Mensch nur ansatzweise erforscht hat. Vor diesem Hintergrund sind die Risiken von genmanipuliertem Saatgut unmöglich abschätzbar und der Einsatz von genmanipuliertem Saatgut daher unverantwortlich.

In der Stellungnahme von Petra wird auch von einer Wahlfreiheit gesprochen, die erhalten werden müsste. Diese zu gewährleisten, wenn im Freiland verändertes Saatgut angebaut wird, ist aber unmöglich und eine solche Forderung damit vermessen. Alle Pflanzen, alle Nachbarfelder sind vom Anbau und Pollenflug der veränderten Pflanzen betroffen. Eine Durchmischung der Sorten findet unkontrolliert statt und kann auch nicht durch Schutzmaßnahmen unterbunden werden. Schon heute ist Saatgut immer mehr mit verändertem Material belastet - die Grenzwerte werden regelmäßig hochgesetzt.

Auch die ökonomischen Folgen eines weit verbreiteten Einsatzes von genmanipuliertem Saatgut in der Industrie wären verheerend: Er würde zu einer Abhängigkeit der Landwirte vom Produzenten, Patentrechte auf Saatgut und Monopolbildungen führen sowie letztendlich auch das Verschwinden vieler Kultursorten nach sich ziehen bzw. beschleunigen. Dies kann nicht Ziel unseres politischen Handelns sein.

Aus diesen Gründen, möchten wir euch bitten, eure diesbezüglichen Pläne noch einmal zu überdenken und dabei grundlegendere Überlegungen statt kurzfristige Vorteile zur Priorität zu machen.

Eure Position zu Herstellung von mehr Transparenz und einer besseren Information der Bevölkerung teilen wir dabei allerdings ausdrücklich!

Über eine Antwort und eine weitere Diskussion würden wir uns sehr freuen!

Never touch a working system! >>> unGENiert leben!!!

Mit solidarischen Grüßen und einem Dank an alle Mitunterzeichner,

Gregory Mohlberg, PDS Freiburg, PDS Jugendreferent BaWü, LaVo BaWü
Christoph Rehm, PDS Rhein-Neckar, Landessprecher ['solid] BaWü

Mitunterzeichner:

- Dr. Heinz Preuß, Dipl.Physiker Dr. rer. nat. habil., Koordinierungsrat
Ökologische Plattform bei der PDS
- Ilja Seifert, Mitglied des PV der PDS
- Michael Mäde, Mitglied des Bundesparteirates der PDS
- Dr. Inno Rapphel, Sprecher der AG Betrieb und Gewerkschaften Halle/Saale
- Eva Bulling-Schröter, Landessprecherin PDS Bayern, umweltpolitische
Sprecherin der PDS-Fraktion im 14. Deutschen Bundestag
- ['solid] LSPR Baden-Württemberg
- BAG Internationalismus der PDS
- Peter Franz, ev.-luth. Theologe, Mitglied im Förderverein des "RotFuchs"
- Steffen Kühne, ['solid] LR-Delegierter Brandenburg, LAK Ökologie
Brandenburg
- Katharina Dahme, LaVo Brb, LAK Ökologie Brandenburg
- Frederico Elwing, PDS Tübingen, Sprecher von ['solid] Tübingen,
Gemeinderatskandidat der Tübinger Linke/PDS
- Felix Pithan, Ersatzkandidat Europawahlen, Kreissprecherrat PDS
Oberhausen, LSPR ['solid] NRW
- Marko Ferst, Ökologische Plattform (Koordinierungsrat)
- Andreas Hein, Mitglied des Landesvorstandes der PDS Bremen
- Elke Höher, PDS KV Aurich/Emden
- Hajo Zeller, Sprecher der PDS Marburg-Biedenkopf, Umweltpolitischer
Sprecher der PDS Hessen
- PDS KV Marburg-Biedenkopf
- Markus Jakovac, PDS Heidelberg
- Arne Brix, Landessprecher ['solid] Berlin, PDS Berlin
- Heinz-Jürgen Voß, Biologiestudent, PDS Sachsen
- Ute Abraham, PDS Landesvorstand NRW
- Victor Perli, ['solid] Bundessprecher, Sprecher PDS KV Helmstedt-
Wolfenbüttel
- Albert Schtschepik, Vorsitzender des PDS-Landesverbands Rheinland-Pfalz
- Niema Movassat, Landesvorstandsmitglied PDS NRW
- André Owczarek, PDS BO Wolfenbüttel, Landessprecher ['solid]
Niedersachsen
- Daniel Bergelt, LandessprecherIn ['solid] Sachsen
- Michael Gläser, ['solid] Altlandsberg und stellvertretender
Fraktionsvorsitzender der PDS Fraktion in Altlandsberg
- Konstantin Löbbert, PDS KV Unna
- Andreas Meinzer, Sprecher von ['solid] Freiburg
- Florian Effenberg, Mitglied des PDS KV Delmenhorst
- Bodo Müller, Sprecher BO Ludwigsburg
- Daniel Limberger, PDS Freiburg
- Marcello Sorrentino, PDS Hannover
- Robert Valouch, ['solid] Kraichgau

- Silvia Woll, [solid] Kraichgau
- Nicolas Arndt, PDS KV Braunschweig, Vorsitzender LSK PDS NDS
- Johanna Lesch, attac
- Isolde Nesper, Sprecherin der PDS Neckar-Zabern
- Ralf Sondermeyer, Sprecher der LAG Enthinderungspolitik und KrVo PDS KV Hagen/Ennepe-Ruhr
- Manfred Janikoy, Sprecher der PDS Lörrach

Interview

Neues Deutschland **Türöffner für Gentechnik?** PDS-Landespolitikerin Petra Sitte sieht mehr Chancen als Risiken



ND-Foto: Burkhard Lange

In einem in der letzten Woche erschienenen Hintergrundpapier spricht sich die PDS-Fraktion Sachsen-Anhalt für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen aus. Dr. Petra Sitte ist Vorsitzende der PDS-Fraktion und hat an der Stellungnahme mitgewirkt. Sie arbeitet auf Landesebene seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Mit der PDS-Spitzenpolitikern sprach ND-Mitarbeiterin Susanne Götze.

ND: Die PDS-Fraktion Sachsen-Anhalts spricht sich für die Nutzung der »Grünen Gentechnik« aus. Was hat sie bewegt, ihre Zweifel hinten an zu stellen?

Sitte: Zunächst: Wir haben unsere Zweifel nicht hinten an gestellt, sondern bestehen auch darauf, die Risiken zu benennen und zu klären, unter welchen Bedingungen »Grüne Gentechnik« zur Anwendung kommen kann. Es ist aber auch wichtig festzustellen, welche Chancen daraus resultieren können. In Sachsen-Anhalt gibt es zudem eine lange Tradition der Züchtungsforschung.

Auch die schwarz-gelbe Regierung Sachsen-Anhalts entschied sich, Forschung und Anbau von Gentech-Pflanzen zu fördern. Warum?

In Sachsen-Anhalt treffen in einem Punkt viele Interessen aufeinander. Großen Saatzuchtkonzerne wie Monsanto, Pioneer und andere versuchen hier in Deutschland, »die Tür aufzukriegen«. Sie finden in Sachsen-Anhalt eine Landesregierung vor, die nahezu bedingungslos Ja zur Gentechnik sagt. Im Land selbst arbeitet eine große Zahl von Instituten in diesem Sektor. Diese haben einen Stand erreicht, der nicht nur die Freisetzung, sondern auch das Inverkehrbringen – also den Anbau transgener Pflanzen – auf die Tagesordnung setzt. Da treffen sich die Interessen der hiesigen Institute und die der Konzerne. Das ergibt eine sehr schwierige Situation. Technologieverbote in einem Land werden den forcierten Einsatz von Gentechnik durch die Monopole nicht verhindern. Dazu bedarf es anderer Wege. Die Institute Sachsen-Anhalts forschen seit mehr als einem Jahrzehnt auch mit öffentlichen Geldern zu transgenen Pflanzen, die Grenzen aus konventioneller Züchtung und Anbau in unseren Breiten öffnen sollen. An einem Abbruch der Forschung haben wir kein Interesse.

Am 20. April soll in Sachsen-Anhalt der großflächige Anbau genveränderter Pflanzen beginnen. Sind bis dahin alle Fragen geklärt, damit die Gentech- sowie die bisherige Agrarwirtschaft zumindest in »Koexistenz« leben können?

Der 20. April ist der letzte Tag, an dem das Saatgut auf rund 1000 Hektar ausgesät werden kann. Die Landesregierung muss nunmehr konkret darüber Auskunft geben, wie sie in Hinblick auf das jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Gentechnikgesetz die geforderten Kriterien umsetzen will. Im Klartext: Wie soll die Koexistenz von konventionellen und Gentech-Pflanzen gesichert werden? Wie

soll die Wahlfreiheit für Verbraucher und Erzeuger gesichert werden? Wie wird die Öffentlichkeit aufgeklärt und beteiligt? Wo sind gentechfreie Gebiete? Sachsen-Anhalt benötigt ein Standortregister, um die Abstände der Gen-Äcker zum Ökolandbau als auch zu ökologisch-sensiblen Gebieten zu gewährleisten. Es müssen nicht nur die Freisetzungsversuche, die in Sachsen-Anhalt schon 63 Mal stattfanden, wissenschaftlich begleitet werden, sondern auch die neuen Aussaaten und alle Schritte des Inverkehrbringens.

Und wer soll für Schäden haften?

Sofern diese entstehen, sollten Kosten der Geschädigten nach dem Verursacherprinzip zugeordnet werden. Als Übergang könnten wir uns auch einen Haftungsfonds vorstellen. Die Landesregierung muss nachweisen, dass sie das derzeit geltende und zu novellierende Gentechnikgesetz einhält. Diese Antwort blieb sie uns bislang schuldig. Gibt es nächste Woche im Landtagsausschuss keine befriedigenden Antworten, können wir der Anwendung von Gentechnik nicht zustimmen.

Umweltverbände und Globalisierungskritiker protestieren gegen die Einführung von »Grüner Gentechnik«. Halten sie diese Bedenken für überzogen?

Mir sind diese Bedenken bislang auf einer Abstraktionsebene begegnet, auf der sie sich kaum diskutieren lassen. Ich glaube, auf das Pro und Contra muss man sich wissenschaftlich detailliert und öffentlich einlassen, um Belege für Gefahren auch wirklich erörtern zu können. Es gibt mittlerweile Untersuchungen zu möglichen Antibiotika-Resistenzen, zum allergenen Potenzial genetisch veränderter Pflanzen und zu ungewollt toxischen Substanzen in transgenen Pflanzen. Derzeit herrscht leider nicht das gesellschaftliche Klima, die Ambivalenz der Gentechnik mit ihren Risiken und Chancen zu diskutieren. Auf der einen Seite wird Technologiefurch und moderne Maschinenstürmerei praktiziert, auf der anderen Seite legen die Gentechnik-Förderer eine unbedachte Befürwortung an den Tag.

Die Gentechnik ist, so das Hintergrundpapier, eben dadurch ein Risiko, dass es Konzerne und Menschen gibt, die mit der Technologie nicht verantwortlich umgehen können. Liegt es also nur an den »bösen« Anwendern?

Der Gentechnik wird von ihren Gegnern per se ein Risikopotenzial zugeschrieben, dass angeblich deutlich höher ist als die Risiken, die sich aus konventioneller Züchtung ergeben. Es sollte daher auch eine vergleichende Forschung stattfinden. Ursprünglich Gegnerin der Gentechnik habe ich nach seriösen Argumenten gesucht und bin dabei zu einer neuen Position der Befürwortung gekommen. In Gentechnik stecken auch Chancen. So könnten ökologische Belastungen eingedämmt werden. Wir wissen natürlich auch, dass der Einsatz der Gentechnik unter Bedingungen erfolgt, die eine Monopolstellung von Unternehmen begünstigen und diese sich somit gegen den Nutzer, Verbraucher oder Anwender wenden kann. Meine politische Verantwortung besteht eben darin, klar zu machen, welche Voraussetzungen für eine vertretbare Anwendung gegeben sein müssen und für deren Einhaltung zu sorgen.

Laut Umfragen sind 70 Prozent der europäischen Verbraucher gegen die »Grüne Gentechnik«. Ist dann eine Einführung nicht undemokratisch und doktrinär?

Ich glaube, vielen Befragten geht es genauso wie meiner Fraktion: Wir mussten bei dem Thema erst einen erheblichen Bildungsteil absolvieren, uns erarbeiten, was Gentechnik eigentlich ist. Die Aufklärung der Bevölkerung ist nach wie vor sehr mangelhaft. Die Wissenschaft unterstützt diesen Prozess auch nicht, von anderen wird er systematisch blockiert. Es ist normal, dass so diese Ablehnung zustande kommt.

Wenn die Verbraucher den Gentech-Lebensmitteln keine Chance geben und die Gentech-Agrarwirtschaft ein Flop wird - was wird aus Sachsen-Anhalt?

Die Entwicklung Sachsen-Anhalts ist in vielen Fragen ebenso offen. Nicht offen ist die Haltung der Landesregierung. Sie hat die Anwendung klar angekündigt! Ob Verbraucher bei ihrer Ablehnung bleiben, wird sich zeigen. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner sagte dazu: Wenn es diesen Markt gibt, dann werden wir auch gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen. An dieser Stelle entscheidet tatsächlich die Nachfrage, ob ich das nun gut oder schlecht finde. Daher muss es uns um die Bedingungen des In-Verkehr-Bringens gehen.

(ND 11.03.04)

c/o Matthias Kretschmann
Südstraße 47
06110 Halle (Saale)

Stellungnahme zum Sinneswandel der PDS bezüglich der Positionierung zur Agro-Gentechnik in Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Frau Sitte, sehr geehrter Herr Köck, sehr geehrte Landtagsfraktions-MitgliederInnen,

mit Erschrecken hat attac-Halle die Meldung vernommen, dass sich die PDS Landtagsfraktion positiv zum geplanten kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) positioniert. Dies geschieht Ihren Aussagen nach, aus der Überlegung heraus, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen¹.

Entweder sind an uns neue Entwicklungen unbemerkt vorüber gegangen oder Sie haben sich noch nicht eingehend mit dem Thema beschäftigt.

72% der in Deutschland lebenden Menschen haben sich gegen Gentechnik in ihren Lebensmitteln ausgesprochen.² Deutlicher kann ein Signal an die Politik kaum ausfallen. Dennoch wollen Sie diesen politischen Willen scheinbar nicht akzeptieren und springen auf die Argumentation der Landesregierung und der LifeScience-Industry auf. In wessen Sinne soll diese Politik sein?

Auskreuzung

Im Grunde ist eine Koexistenz von konventioneller Landwirtschaft und Gentech-Landwirtschaft nicht möglich. Der Pollentransport, ob durch Wind, Insekten oder Vögel, kann nicht verhindert werden (auch wenn sog. Pollenschutzhecken dies suggerieren sollen). Studien belegen, dass Pollen sich bis zu 26 km weit auskreuzen können.

Der ökologische Landbau hat sich dazu verpflichtet keine gentechnisch veränderten Produkte anzubieten. Durch Pollentransport kann es zu Auskreuzungen und damit zu Verunreinigungen mit GVO kommen, wodurch der Bio-Bauer seine Produkte nicht mehr verkaufen kann. Im Hinblick auf das z.Z. sich im Gesetzgebungsverfahren befindliche GenTG stellt sich erst einmal die Frage, woher der Bio-Bauer weiß, dass seine Ernte kontaminiert ist. Dazu muss dieser auf eigene Kosten aufwändige Testverfahren durchführen, um seine Produkte weiterhin verkaufen zu können.

Als Beispiel seien hier die Imker genannt. Die Untersuchung eines Glases Honig kostet den Imker rund 1000€. Diese Untersuchungen müssen regelmäßig durchgeführt werden, dementsprechend potenzieren sich die Kosten. Zum Zweiten stellt sich die Frage von wem und vor allem wann der geschädigte Bauer

¹ MZ, 9.3. 2004

² EMNID-Umfrage, Herbst 2003

c/o Matthias Kretschmann
Südstraße 47
06110 Halle (Saale)

Schadenersatz für seine kontaminierte Ernte erhält bzw. ob er es sich überhaupt leisten kann, auf Schadenersatz zu klagen. Letztlich hat sich auch keine Versicherung - aufgrund der nicht bemessbaren Schadenshöhe - bereit erklärt gentechnologische Schäden abzusichern. Dass dies keine hypothetischen Annahmen darstellen, beweisen bereits durchgeführte Koexistenz-Versuche bspw. in Großbritannien oder Kanada.

Koexistenz bedeutet somit die schleichende Verdrängung der konventionellen und Bio-Landwirtschaft. Sie wollen also ernsthaft eine prosperierende Bio-Landwirtschaft einer risikobehafteten Gentech-Landwirtschaft opfern?

Positiv anzumerken ist, dass sie der Wahlfreiheit des Verbrauchers einen hohen Stellenwert zugestehen. Wenn Sie dies allerdings ernst meinen würden, dann würden Sie sich anders positionieren.

Kennzeichnung und Wahlfreiheit

Im jetzigen GenTG-Entwurf sollen Produkte als gentechnisch verunreinigt gelten, wenn der Anteil 0,9% erreicht. Ab diesem Grenzwert sollen gentechnisch veränderte Produkte gekennzeichnet werden. Sind Sie also der Meinung, dass eine Verunreinigung von 0,89% gentechnikfrei ist? Noch mal zur Erinnerung was gentechnikfrei bedeutet: 0,00% (in Worten: null komma null null)!

Aber auch die beste Kennzeichnungsrichtlinie verfehlt ihren Zweck, wenn die Verunreinigung des Beginns der Produktionskette nicht geklärt ist. Auf europäischer Ebene wird noch die Saatgut-Richtlinie verhandelt. Dazu wurde vorgeschlagen, Saatgut erst ab einer Verunreinigung von 0,3%-0,7% zu kennzeichnen. Wenn schon das Saatgut verunreinigt ist, wie soll es dann am Ende der Produktionskette mit dem Brot aussehen? Wenn Sie sich also wirklich für die Wahrung der Wahlfreiheit der VerbraucherInnen einsetzen wollen, dann sollten Sie sich für eine Kennzeichnung von GVO an der technischen Nachweisgrenze stark machen und nicht den Anbau derselbigen bejubeln.

Durch Auskreuzung und mangelnde Kennzeichnung ist nur noch eine Wahl zwischen mehr oder weniger verunreinigter Nahrung möglich, diese Möglichkeiten sind, so hoffen wir, nicht Ihre beschworene Wahlfreiheit.

Und letztlich können wir keine Vorteile feststellen, die die Risiken rechtfertigen bzw. überwiegen. Wir fragen uns, welche Vorteile Sie meinen.

Meinen Sie den verringerten Herbizidverbrauch? Da aber Unkräuter und Insekten Resistenzen ausbilden,

c/o Matthias Kretschmann
Südstraße 47
06110 Halle (Saale)

kommt es häufig zu einer Zunahme des Herbizidverbrauchs. Unabhängig davon soll bspw. der hier zum Anbau vorgesehene Bt-Mais vorwiegend den Maiszünsler fern halten, der allerdings für die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt mangels Vorhandensein gar kein Problem darstellt.

Meinen Sie die umweltfreundlichere Produktion durch weniger Chemikalien? Herbizidresistente Pflanzen z.B. entlasten die Umwelt nicht, sondern beeinträchtigen die Artenvielfalt. Umfangreiche Studien in England haben gezeigt, dass im Vergleich zum konventionellen System beim Anbau herbizidresistenter Raps- und Zuckerrüben-Pflanzen, die Anzahl und die Vielfalt der Wildkräuter auf und neben dem Acker erheblich verringert war. Schließlich gibt es schon bereits erfolgreich angewandte Alternativen zur gentechnologischen Lösung landwirtschaftlicher Probleme.³

Meinen Sie die Steigerung der Erträge? Laut derzeitiger Datenlage fallen z.B. die Erträge von gentechnisch verändertem Soja im Vergleich zu herkömmlichem Soja geringer aus, während bei gentechnisch verändertem Mais die Erträge gleich hoch sind wie bei konventionellem Mais. Und schließlich: wozu sollen in den Industrieländern die Erträge gesteigert werden? Um noch mehr Lebensmittel im Dienste der Preisstabilität auf den EU-„Butterbergen“ zu vernichten?

Oder meinen Sie die Lösung des Welthungerproblems? Wenn Sie das meinen, sprechen wir Ihnen jegliche Kompetenz der Weltpolitik und v.a des -handels ab.

Sofern Sie uns weitere Vorteile erklären können, sind wir gespannt auf Ihre Antwort.

Wie es scheint, entwickelt sich die PDS ebenfalls zu einer politischen Kraft, deren Versprechen mensch nicht glauben kann. Anders sind Ihre jetzigen Positionierungen nicht zu erklären. Zur Erinnerung nochmal einige Aussagen der PDS zur „Grünen“ Gentechnik, die aber nun verworfen scheinen:

„Wenn das Kapital nicht offen nach seinen profitgierigen Interessen handeln kann, so tritt es den globalen Feldzug heimlich, still und leise an. Während die politischen Kontrollmechanismen versagen, gewinnen die kapitalistischen Wirtschaftsakteure an Kontrolle: über Nahrung, Märkte, Gene und Politik. [...] Der verantwortungslose Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen kann nur durch ein Verbot ihrer Herstellung verhindert werden.“⁴

3 Siehe: „Alternativen zu gentechnisch veränderten Pflanzen“, Studie Umweltbundesamt, Nr. 68/2003, Werner Müller u.a.
4 Kersten Naumann, PM PDS im Bundestag, 19.05. 2000, Nr. 1580

c/o Matthias Kretschmann
Südstraße 47
06110 Halle (Saale)

„Ein verantwortbarer Umgang mit der Gentechnik heißt auch, sich mit diesen gesellschaftlichen Folgen ihrer Diktion von Leben, Arbeit und sozialen Strukturen auseinander zusetzen. Risikoärmere und bewährte Alternativen zur Lösung globaler Probleme wie Hunger und Arbeitsplätze, aber auch zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion auf einem hohen qualitativen Niveau oder der Rohstoffproduktion für die Industrie sind hinreichend bekannt. Um die gesellschaftspolitische Verantwortung für die Risiken der Gentechnik in einer von Profitstreben und Verwertungsinteressen bestimmten Gesellschaft wahrzunehmen, stellt die PDS in erster Linie folgende Grundsatzforderung:

Die PDS lehnt die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft prinzipiell ab.“⁴⁶ (das Papier kennen Sie scheinbar nicht, jedenfalls lässt Ihre derzeitige Positionierung dies nicht erkennen: www.pds-online.de/agwiss/texte/gen-thesen.html)

Sollten Sie sich dennoch entgegen ihren letztjährigen Positionierungen für einen Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen, so bleibt wohl nur noch eins zu sagen: Willkommen in der „Schönen Neuen Welt“ des Neoliberalismus.

Wir hoffen aber, dass Sie ihre Meinung noch ändern. Wenn Sie wünschen, stellen wir Ihnen gerne noch Informationsmaterial zur Verfügung, denn auf eine weitere Zusammenarbeit wollten wir eigentlich nicht verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Kretschmann
für die attac Regionalgruppe Halle (Saale)

5 „Grüne Gentechnik“ - Thesen und Schlussfolgerungen für die PDS, <http://www.pds-online.de/agwiss/texte/gen-thesen.html>

**Unterrichtung
zur Realisierung der Beschlüsse des Landtages**

Antworten auf Beschlüsse des Landtages gemäß § 39 Abs. 2 GO.LT

Nr. *)	Beschluss des Landtages	Sachverhalt zum Beschluss	Seite
140	4/25/1045 B	Wissenschaft und Forschung der Agrar- und Ernährungswirtschaft und der grünen Biotechnologie in Sachsen-Anhalt stärken	2
151	4/29/1189 B	Übergangsregelungen im Sekundarschulbereich	3
153	4/30/1156 B	Begleitkonzepte zur Biotechnologieoffensive für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgeabschätzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit	4
154	4/30/1180 B	Zum Beamtenrechtlichen Sonderzahlungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BSZG-LSA)	5
155	4/30/1183 B	Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide nach 2006	9
156	4/30/1187 B	Auswirkungen des Grundsicherungsgesetzes	10
157	4/31/1200 B	Zukunft der Landesgartenschauen	11

* fortlaufende Nummerierung entsprechend Beschlussübersicht der vierten Wahlperiode
(Ausgegeben am 09.02.2004)

Zu 140:

Beschluss des Landtages 4/25/1045 B

Wissenschaft und Forschung der Agrar- und Ernährungswirtschaft und der grünen Biotechnologie in Sachsen-Anhalt stärken

Mitteilung der Landesregierung vom 30. Januar 2004

Mit Schreiben vom 28. Januar 2004 ist den Ausschüssen für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Arbeit sowie dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die geforderte Berichterstattung zu oben genanntem Landtagsbeschluss zugeleitet worden.

Zu 153:

Beschluss des Landtages 4/30/1156 B

Begleitkonzepte zur Biotechnologieoffensive für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgeabschätzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit

Mitteilung der Landesregierung vom 26. Januar 2004

Die Landesregierung wird die im oben genannten Beschluss bezeichneten Konzepte erarbeiten und den Landtag darüber in Kenntnis setzen.

PDS-Landtagsfraktion

<http://www.pdslsa-lt.de/>

PDS-Landtagsfraktion zu Grüner Gentechnik

Die PDS-Landtagsfraktion wird die in Sachsen-Anhalt an langjährige Wissenschaftstraditionen anknüpfende **hoch entwickelte Biotechnologie- und Gentechnik-Forschung** und die sich in ihrem Umfeld etablierende dynamische mittelständische Biotech-Industrie aufmerksam verfolgen, fördern und zugleich kritisch begleiten.

Sie wird sich verstärkt für die Etablierung einer **öffentlichen Risikokommunikation** zu Fragen der Risiken der Gentechnik im allgemeinen und des von der Landesregierung geplanten Anbauprogramms im Besonderen einsetzen.

Die PDS-Landtagsfraktion wird sich für den Auf- und Ausbau einer vorsorgenden, begleitenden und kontrollierenden Technikbewertungs- und –bedarfsforschung einsetzen. Die Ausweitung einer systematischen biotechnischen Sicherheits- und Begleitforschung (Monitoring) schließt die Förderung von Grundlagenforschung zur gezielten Eliminierung von Risikofaktoren bei gentechnisch veränderten Organismen ein.

Die traditionelle **Züchtung und Züchtungsforschung** sind auf hohem Niveau zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die bestehenden Genbanken sind im notwendigen Umfang zu erhalten und gezielt auszubauen.

Die PDS-Landtagsfraktion wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass durch das bevorstehende Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und daraus entstehender Nahrungs- und Genussmittel die **Wahlfreiheit für Verbraucher** gewährleistet bleibt und er ein adäquates Angebot an Lebensmitteln vorfindet. Sie wird sich gleichermaßen für die Wahrung der **berechtigten Interessen der Landwirte** einsetzen, die sich für einen Verzicht des Anbaus genveränderter Kulturen entscheiden wollen. Dies schließt die Regelung der **Haftungsfragen** und die Bildung eines Haftungsfonds ein.

Die PDS-Landtagsfraktion schlägt die Einführung einer landesplanerisch im **Landesentwicklungsplan** und den Regionalplänen auszuweisenden Raumkategorie „**Vorbehaltsgebiet für GVO-freie Landwirtschaft**“ an.

Dr. Uwe-Volkmar Köck
umweltpol. Sprecher

Magdeburg, 13. Januar 2004

Beratung

Begleitkonzepte zur Biotechnologieoffensive für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgenabschätzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/1156

Ich bitte Herrn Dr. Köck, das Wort zu nehmen.

Herr Dr. Köck (PDS):

Meine Damen und Herren! Ich versuche, das wirklich kurz zu machen. Unser Antrag liegt vor. Es ist auch ein aktueller Anlass, warum wir praktisch außerplanmäßig, so als Zwischenintervention, die Thematik noch einmal aufrufen wollen und müssen. Unsere Gründe sind dem Antrag zu entnehmen. Ich will nicht aus dem Nähkästchen plaudern, aber was im Vorfeld und hinter den Kulissen dieser als Medienspektakel angelegten Unterzeichnung bisher abgelaufen ist, ist das krasse Gegenteil einer Öffentlichkeitsinitiative.

Die Landesregierung ist drauf und dran, dem Image des Landes als Biotechnologiestandort ernsthaft Schaden zuzufügen. In der öffentlichen Wahrnehmung verdichtet sich der Eindruck, dass das avisierte Anbauprogramm allein dazu dienen soll, einen Dammbbruch für einen großflächigen Anbau gentechnisch veränderter Kulturpflanzen herbeizuführen. Durch die Unterschätzung der berechtigten Sorgen hat die Landesregierung diesen Eklat mit den berufsständischen Vertretungen der Landwirtschaft regelrecht provoziert.

Meine Damen und Herren! Am 29. Oktober 2003 hat die durchgeführte Anhörung zu Chancen und Risiken der grünen Gentechnologie deutliche Hinweise gegeben, wo die Sorgen und Nöte liegen, die es ernsthaft zu berücksichtigen gilt. Ich will nur Schlagworte nennen: Klärung der Haftungsfrage, Gewährleistung der Wahlfreiheit, Fragen der tatsächlichen Koexistenz verschiedener Anbauformen - ist das möglich oder nicht? -, Fragen eines Haftungsfonds sowie nach dem Aussehen eines anbaubegleitenden Monitorings.

Meine Damen und Herren! Hinsicht der Begleitforschung - das soll der letzte Punkt sein - ist festzustellen, dass uns der benachbarte Freistaat Sachsen wieder einmal voraus ist. Dort lief vor zwei Tagen die Frist einer öffentlichen Ausschreibung für Projekte in den Jahren 2004 und 2005 ab zu den Förderschwerpunkten gentechnologische Sicherheitsforschung, Biotechnologie in der Landwirtschaft und Pflanzenzucht.

Meine Damen und Herren! Wir fordern die Landesregierung hiermit zu einer deutlichen Kurskorrektur dahin gehend auf, die bestehenden Ungleichgewichte in der Berücksichtigung der in der Landtagsdebatte im Juli 2003 unstrittigen fünf Punkte der zwei unterschiedlichen Anträge zu beseitigen. In diesem Sinne bitten wir um eine direkte Abstimmung über unseren Antrag.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Köck. - Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Rehberger. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich blicke auf die Uhr. Es ist der letzte Tagesordnungspunkt. Von der Bedeutung her hätte er auch ganz vorn eingeordnet werden können.

Erstens ist die Biotechnologie mit Sicherheit eine der das 21. Jahrhundert prägenden Technologien. Zweitens sieht es bei aller Kritik, die Herr Köck eben anklängen ließ und auf die ich nicht im Einzelnen eingehen will, so aus, als würde eine Thematik, die bundesweit hoch kontrovers diskutiert wird, in diesem Hause eine ganz breite Mehrheit finden. Das ist, wie ich meine, ein sehr erfreulicher Sachverhalt.

Wenn die vielen mit transgenen Pflanzen arbeitenden Landwirte, Saatzüchter, Biologen und Genforscher aus den USA, aus Kanada, aus Brasilien, aus China und aus vielen anderen Ländern nach Deutschland schauen, dann reiben sie sich verduzt die Augen. 250 Millionen ha Ackerfläche werden inzwischen für transgene Pflanzen genutzt. Allein 60 Millionen ha sind im vergangenen Jahr zu den zuvor schon genutzten 190 Millionen ha hinzugekommen. Dagegen wird in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren, von einigen ein Glaubenskrieg geführt. Der Versuch, auch nur in sehr bescheidenem Umfang transgene Pflanzen auszubringen, wird als „Teufelszeug“ diskriminiert.

Deswegen freue ich mich über den Antrag, den die PDS eingebracht hat, weil er in der Sache richtig ist. Er bejaht nämlich die Biotechnologieoffensive und trägt damit dazu bei, dass wir auf diesem Sektor in Sachsen-Anhalt durchaus eine Vorreiterrolle übernehmen können, so wie es sich die Landesregierung zusammen mit den Koalitionsfraktionen vorgenommen hat.

Die Frage, was im Rahmen eines Begleitkonzeptes beim Anbau gentechnisch veränderter, natürlich genehmigter Pflanzen notwendig ist, werden wir kurzfristig klären. Sicherlich wird es ganz wichtig sein, insbesondere eine Risikofolgenabschätzung und eine gute Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen. Zu einer guten Öffentlichkeitsarbeit würde ein einmütiges Votum des Landtages einen wichtigen Beitrag leisten.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle darum bitten, dass Sie, meine Damen und Herren, diesen Antrag unterstützen. Ich glaube, er trägt dazu bei, dass wir mit unserem Kernanliegen im Lande vorankommen und Sachsen-Anhalt wirklich der Vorreiter wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Nun bitte Herr Gürth für die CDU-Fraktion.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben vor nicht allzu langer Zeit versucht, das Thema Bio- und Gentechnologie im Landtag sachlich und fair aufzugreifen, um es zu erörtern und zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu diesem Thema im Landtag zu kommen. Wir haben einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU, wie ich meine, vorbildlich und sachlich mit allen Chancen und Risiken in einer ersten Debatte abzuwägen versucht. Es folgte eine Anhörung im Plenarsaal, die von mehreren Ausschüssen des Landtages vorbereitet wurde. Ich fand, es war eine äußerst interessante Anhörung und wir sind auf dem Weg, vielleicht sogar vorbildlich für andere Bundes-

länder, uns diesem Thema vor allem sachlich und konstruktiv zu nähern, um im Ergebnis zu einer gemeinsamen Position zu finden.

Da das Thema Risikofolgenabschätzung und Öffentlichkeitsarbeit eigentlich ein Kasus Knacksus ist, wobei es am meisten darauf ankommt, mit diesem Thema vernünftig umzugehen, ist es, glaube ich, selbstverständlich und muss nicht länger erläutert werden, dass dies bei dieser Thematik auch für die CDU-Fraktion ein Schwerpunkt ist.

Die Einbringung des vorliegenden PDS-Antrages war ein Stück weit mit Schärfe in Richtung Landesregierung versehen, die gar nicht notwendig war, weil der Kurs der Landesregierung, glaube ich, keiner Korrektur bedarf und weil auch die Landesregierung nicht nur das ohnehin gesetzlich vorgeschriebene Monitoring als selbstverständlich in dem Leitprozess ansieht, sondern weil sie auch die Öffentlichkeitsarbeit und Risikofolgenabschätzung äußerst ernst nimmt.

Weil wir dem Anliegen des Antrages - nicht der Begründung, aber dem Anliegen - zustimmen, werden wir auch dem Antrag der PDS-Fraktion zustimmen, um auch weiterhin mit diesem Thema konstruktiv umzugehen. Ich hoffe, dass das faire und sachliche Klima hierzu aufrechterhalten bleibt und wir vielleicht im Frühjahr des nächsten Jahres zu einer gemeinsamen Position finden.

- Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Nun erteile für die SPD-Fraktion Frau Budde das Wort.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für den schon im Vorfeld hergestellten breiten Konsens. Wir begrüßen das Anliegen der PDS, sich für ein Begleitkonzept und für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der geplanten Biotechnologieoffensive einzusetzen. Wir werden dieses Anliegen unterstützen.

Die Anhörung im Landtag hat ja verdeutlicht, dass gerade in diesem Bereich noch etwas zu tun ist. Auch das, was wir an Schriftstücken von den Landwirten für ökologischen Anbau noch zugesandt bekommen haben, hat gezeigt, dass es durchaus notwendig ist, ein entsprechendes Begleitkonzept zu erarbeiten und entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Das scheint uns auch deshalb besonders wichtig, weil es letztlich der Verbraucher sein wird, der mit der entsprechenden Aufgeklärtheit und einer entsprechenden Begleitung darüber zu entscheiden hat, ob er diese gentechnisch veränderten Organismen annimmt oder nicht. Deshalb unsere Zustimmung zu dem Antrag und vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Nun spricht Herr Dr. Schrader für die FDP-Fraktion.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bemühe mich ebenfalls, mich kurz zu fassen. Ich kann mich den

Worten von Herrn Gürth und von Minister Herrn Rehberger anschließen. Herr Köck, wir unterstützen den Antrag, wir stimmen ihm zu. Ihrer Begründung kann ich nicht zustimmen. Das werden Sie aber verstehen.

Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass jetzt ein Positionspapier der Landesregierung zum Anbauprogramm vorliegt. Wenn man in dieses Positionspapier hineinschaut, stellt man fest, dass genau das darin steht, was Sie mit Ihrem Antrag verlangen. Ihr Antrag ist eine Erweiterung, eine Spezifizierung Ihres Antrages vom Juli. Ich freue mich auf die Diskussion.

Zwei Sätze möchte ich noch sagen: Es geht um Bt-Mais. Verschiedene Sorten von Bt-Mais sind in Deutschland zugelassen und werden seit 1989 auf mehreren 100 ha in Deutschland angebaut. Das ist so. Das, was jetzt durch die Landesregierung und auch durch das Parlament getan wird, bringt die Angelegenheit in neuer Qualität und macht sie mit einem Begleitprogramm öffentlich.

Ich glaube, Sachsen-Anhalt tut gut daran und in dieser Hinsicht sollten wir die Landesregierung unterstützen. Wenn ein breites Votum zustande käme, würde ich mich freuen. Die Vorreiterrolle in der grünen Biotechnologie in Deutschland, die wir bereits eingenommen haben, wird erneut deutlich. Das Presseecho auch auf die Initiative war, wenn Sie alles insgesamt verfolgen, durchaus positiv. Wir haben die Vorreiterrolle eingenommen, und wir sollten alles dafür tun, diese Chance auch zu nutzen.

Ich danke Ihnen. Wir unterstützen den Antrag und ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Nun bitte abschließend noch einmal Herr Dr. Köck, wenn er es denn wünscht. - Frau Dr. Sitte, bitte schön.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat sehr gut, dass dieser Antrag eine so breite Mehrheit im Landtag findet. In einem Punkt möchte ich Herrn Schrader vielleicht ergänzen.

Es geht uns weniger um die Frage des Bt-Maises. Uns geht es darum, das Verfahren zu klären und so die Bedingungen auch sicher zu gestalten, sodass den Firmen, die in Sachsen-Anhalt an Gentechnik arbeiten oder gentechnische Verfahren entwickelt haben, eine Chance im Land gegeben wird. Dabei ist mir, ehrlich gesagt, der Bt-Mais nicht am wichtigsten, weil wir diesen angesichts der unterschiedlichen Anbauweisen etc. in Sachsen-Anhalt nicht vordergründig brauchen. Aber wenn wir, um es einmal ganz klar zu sagen, das Verfahren jetzt vergeigen, dann verbauen wir unseren eigenen Firmen Entwicklungsmöglichkeiten. Deshalb unterstützen wir das.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Sitte. - Weitere Wortmeldungen gibt es nicht, also können wir über den Antrag der PDS-Fraktion in der Drs. 4/1156 abstimmen. Wer stimmt zu? - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Gibt es Stimmenthaltungen? - Nein. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet. Es war der letzte.

Meine Damen und Herren, das Ende der 16. Sitzungsperiode ist erreicht. Für seine 17. Sitzungsperiode wird der Landtag für den 11. und 12. Dezember 2003 einberufen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und ein ebensolches Wochenende.

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 20 Uhr.

ROBERT KOCH INSTITUT

**Beschreibung der Freisetzungsvorhaben:**

Klicken Sie bitte auf das Aktenzeichen des Freisetzungsvorhabens um weitere Informationen zu erhalten.

Freisetzungsstandort **1** bis **20** von insgesamt **63**

1 2 3 4

Standort	Aktenzeichen RKI	Freisetzungs- zeitraum	Genehmigungs- verfahren	Organismus	gentechnische Veränderung	A
Altenhausen (ST)	6786-01-0090	2001-2001	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz; maennlich steril	H <i>sch</i>
	6786-01-0101	2001-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H
Aschersleben (ST)	6786-01-0059	1997-2005	erster Standort	Kartoffel	Virusresistenz	B A zu K'
	6786-01-0121	2000-2005	erster Standort	Kartoffel	Virusresistenz	B K
Baalberge (ST)	6786-01-0152	2004-2004	erster Standort	Weizen	Pilzresistenz	S <i>gyp</i>
Bernburg (ST)	6786-01-0151	2004-2004	erster Standort	Weizen	Pilzresistenz	S
Biere-Eickendorf (ST)	6786-01-0090	2001-2007	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz; maennlich steril	H
	6786-01-0101	2001-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H
Biere-Schönebeck (ST)	6786-01-0090	2001-2007	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz; maennlich steril	H
	6786-01-0101	2001-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H
Böhnshausen (ST)	6786-01-0090	1999-2007	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz; maennlich steril	H
	6786-01-0101	1999-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H
Bottmersdorf (ST)	6786-01-0042	1996-2005	nachgemeldeter Standort	Mais	Herbizidtoleranz	H
	6786-01-0043	1996-2005	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H
	6786-01-0044	1996-2005	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	H
	6786-01-0052	1996-2006	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	Danke für Gp. v. v. d. H. <i>W. v. d. H.</i>
	6786-01-0053	1997-2006	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	H <i>W. v. d. H.</i>
	6786-01-0063	1997-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	A <i>W. v. d. H.</i>
	6786-01-0086	2000-2003	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	H
Diesdorf (ST)	6786-01-0142	2003-2003	nachgemeldeter Standort	Kartoffel	Kohlenhydratstoffwechsel	S <i>W. v. d. H.</i>

1 2 3 4

ROBERT KOCH INSTITUT

**Beschreibung der Freisetzungsvorhaben:**

Klicken Sie bitte auf das Aktenzeichen des Freisetzungsvorhabens um weitere Informationen zu erhalten.

Freisetzungsstandort **21** bis **40** von insgesamt **63**

1 2 3 4

Standort	Aktenzeichen RKI	Freisetzungs- zeitraum	Genehmigungs- verfahren	Organismus	gentechnische Veränderung	Antra
Diesdorf (ST)	6786-01-0142	2003-2012	nachgemeldeter Standort	Kartoffel	Kohlenhydratstoffwechsel	Solav
Dreileben (ST)	6786-01-0094	2000-2006	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mons
Etzdorf (ST)	6786-01-0101	1999-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	Hoech
Gatersleben (ST)	6786-01-0041	1996-1997	erster Standort	Tabak	Enzymproduktion	Instit Kultu
	6786-01-0079	1998-1999	erster Standort	Kartoffel	Kohlenhydratstoffwechsel	Instit Kultu
	6786-01-0114	2000-2001	erster Standort	Erbse	Enzymproduktion	Instit Kultu
	6786-01-0128	2001-2002	erster Standort	Kartoffel	Markierung	Instit Kultu
	6786-01-0130	2002-2005	erster Standort	Kartoffel	induzierbare Genexpression	IPK G
	6786-01-0137	2002-2003	erster Standort	Kartoffel	Entwicklungsveraenderung	Instit Kultu
	6786-01-0138	2002-2004	erster Standort	Kartoffel	Kohlenhydratstoffwechsel	Instit Kultu
	6786-01-0146	2003-2004	erster Standort	Kartoffel	Proteinproduktion	Instit Kultu
Gerbitz (ST)	6786-01-0153 - 6786-01-0154 -		erster Standort erster Standort			
	6786-01-0094	1999-2006	erster Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0108	2000-2005	erster Standort	Raps	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0115	2000-2004	erster Standort	Mais	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0148 -		erster Standort	Mais	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0070	1997-1999	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0073	1998-2001	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mons
	6786-01-0077	1998-2001	nachgemeldeter Standort	Mais	Herbizidtoleranz	Mons

1 2 3 4

Für fachliche Rückfragen steht Ihnen das Zentrum Gentechnologie gerne zur Verfügung. Antworten auf häufig gestellte Fragen, technische Hinweise sowie eine E-Mail-Adresse bei technischen Problemen finden Sie hier.

ROBERT KOCH INSTITUT

**Beschreibung der Freisetzungsvorhaben:**

Klicken Sie bitte auf das Aktenzeichen des Freisetzungsvorhabens um weitere Informationen zu erhalten.

Freisetzungsstandort **41** bis **60** von insgesamt **63**

1 2 **3** 4

Standort	Aktenzeichen RKI	Freisetzungs- zeitraum	Genehmigungs- verfahren	Organismus	gentechnische Veränderung	An
Gerbstedt (ST)	6786-01-0063	1999-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Ag
	6786-01-0072	1999-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	No
Großbadegast (ST)	6786-01-0050	1996-1998	erster Standort	Raps	Herbizidtoleranz	Mo
Großörner (ST)	6786-01-0145	2003-2005	erster Standort	Pappel	Schwermetall-Sanierung	Alb
Haldensleben (ST)	6786-01-0107	2000-2006	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Pla
Helbra (ST)	6786-01-0133	2002-2004	erster Standort	Pappel	Schwermetall-Sanierung	Alb
	6786-01-0145	2003-2005	erster Standort	Pappel	Schwermetall-Sanierung	Alb
Klein Wanzleben (ST)	6786-01-0107	1999-2006	erster Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Pla
	6786-01-0075	1998-2003	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Virusresistenz	Pla
Krützen (ST)	6786-01-0090	1998-2007	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz; maennlich steril	Ho
Ochtmersleben (ST)	6786-01-0063	1998-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Ag
	6786-01-0073	1998-2001	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mo
Ottersleben (ST)	6786-01-0063	1998-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Ag
	6786-01-0072	1998-1999	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	No
	6786-01-0072	2000-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	No
	6786-01-0094	2000-2006	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mo
Peißen (ST)	6786-01-0063	1998-2002	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Ag
	6786-01-0073	1998-2001	nachgemeldeter Standort	Zuckerruebe	Herbizidtoleranz	Mo
Quedlinburg (ST)	6786-01-0039	1996-2002	erster Standort	Kartoffel	Bakterienresistenz	Bu Ku
	6786-01-0140	2002-2022	erster Standort	Apfel	Pilzresistenz; Bakterienresistenz	Bu Ku

1 2 **3** 4

ROBERT KOCH INSTITUT

**Beschreibung der Freisetzungsvorhaben:**

Klicken Sie bitte auf das Aktenzeichen des Freisetzungsvorhabens um weitere Informationen zu erhalten.

Freisetzungsstandort **61** bis **63** von insgesamt **63**

1 2 3 4

Standort	Aktenzeichen RKI	Freisetzungs- zeitraum	Genehmigungs- verfahren	Organismus	gentechnische Veränderung
Rahnsdorf (ST)	6786-01-0050	1996-1998	erster Standort	Raps	Herbizidtoleranz
	6786-01-0070	1997-1999	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz
Rohrberg (ST)	6786-01-0101	1999-2008	nachgemeldeter Standort	Raps	Herbizidtoleranz

1 2 3 4

Für fachliche Rückfragen steht Ihnen das Zentrum Gentechnologie gerne zur Verfügung. Antworten auf häufig gestellte Fragen, technische Hinweise sowie eine E-Mail-Adresse bei technischen Problemen finden Sie hier.

weitere Themengebiete zur Gentechnik:

[ZKBS](#) [Freisetzungen](#) [Internet-Forum](#) [FAQ's](#) [Links](#)

[Haftungsausschluß](#) | [Datenschutzerklärung](#) | [Themenübersicht](#)

Gentechnik Nachrichten Extra-Ausgabe

Oktober 2003

Von der Regierung in England in Auftrag gegebene Studien bestätigen Risiken für die Biologische Vielfalt und Risiken zum Auskreuzungspotential transgener Pflanzen

Am 16. Oktober 2003 wurden die Ergebnisse der dreijährigen Feldversuche mit gentechnisch veränderten herbizidresistenten (HR-) Nutzpflanzen in Großbritannien veröffentlicht. Dies ist die weltweit größte Studie zu ökologischen Auswirkungen des Anbaus dieser GV-Nutzpflanzen. Aus diesem aktuellen Anlass veröffentlicht das Öko-Institut eine Extra-Ausgabe der Gentechnik-Nachrichten.

Die Studie wurde von der britischen Regierung in Auftrag gegeben, um die ökologischen Auswirkungen des Anbaus von HR-Nutzpflanzen auf die Vielfalt der Ackerwildkräuter und auf die Tierwelt der landwirtschaftlich genutzten Flächen zu untersuchen. Die Feldversuche fanden auf über 200 Standorten mit HR-Raps, HR-Mais und HR-Zuckerrüben statt. Die Ergebnisse wurden in Form von acht wissenschaftlichen Artikeln in der britischen Fachzeitschrift "The Philosophical Transactions of the Royal Society (Biological Sciences)" veröffentlicht.

Der britische Beratungsausschuss für Freisetzen (Advisory Committee on Releases to the Environment) wird nun die britische Regierung beraten, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen für die Zulassung von GVOs gezogen werden müssen.

Kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Die Ergebnisse der großflächigen Anbauversuche in England (UK Farm Scale Evaluations)

Der Anbau von HR-Sommerraps und HR-Zuckerrüben gefährdet Vögel und Insekten in einem deutlich höheren Ausmaß als bisher angenommen. Insgesamt gilt, dass durch den Einsatz dieser HR-Pflanzen mit den dazugehörigen Breitbandherbiziden die Vielfalt der Kräuter auf dem Acker deutlich abnimmt und damit viele Futterpflanzen für Insekten, Schmetterlinge und Vögel ausfallen. So werden z. B. 24% weniger Schmetterlinge an den Feldrändern gefunden, wenn herbizidresistenter Raps angebaut wird.

Insgesamt wurden in den sogenannten Farm Scale Evaluations drei herbizid-resistente Pflanzen auf ihre Auswirkungen auf die Vielfalt von Pflanzen und Tieren auf dem Acker und in der Umgebung untersucht. Die Versuche waren als Vergleich zwischen einem üblichen konventionellen chemiegestützten Anbau und einem Anbau der herbizidresistenten Pflanzen mit dem Einsatz des dazugehörigen Herbizids angelegt. Der Anbau von HR-Raps und HR-Zuckerrüben zeigte massive Auswirkungen auf die Vielfalt von Ackerkräutern und in der Folge auf die davon abhängige Insektenfauna. An den HR-Raps-Feldrändern wurden 44% weniger Blütenpflanzen und 39% weniger Samen festgestellt, bei Zuckerrüben wurden 34% weniger Blüten und 39% weniger Samen gezählt. Beim Anbau von HR-Mais konnte dagegen ein Ansteigen der Vielfalt festgestellt werden. Doch die positiven Vergleichszahlen beruhen auf dem Einsatz von Atrazin im konventionellen Maisanbau. Atrazin ist ein persistentes Herbizid, das Mitte Oktober von der EU-Kommission verboten wurde. Damit sind die Mais-Ergebnisse nicht auf einen möglichen zukünftigen Anbau übertragbar (Results of the UK Farm Scale Evaluations (2003) Philosophical Transactions of the Royal Society London (Biological Sciences) 358 no.1439 pp1775-1913; Summary: Royal Society press release: www.pubs.royalsoc.ac.uk/FSEresults/).

Vier Studien zum Auskreuzungspotential von Raps, Mais und Zuckerrüben des Department for Environment, Food and Rural Affairs (DEFRA) kommen zum Ergebnis, dass die Auskreuzungsdistanzen bisher unterschätzt wurden. So wurden Raps-Fangpflanzen selbst in einer Entfernung von 26km noch mit transgenem Pollen bestäubt. Darüber hinaus tritt Raps über Jahre hinweg als Durchwuchs auf Feldern auf, was zu einer hohen Verunreinigung der Ernte führen kann. Innerhalb von fünf Jahren nach einem Anbau von transgenem Raps kann die Verunreinigung nur dann unter 1% gedrückt werden, wenn sehr rigorose Bekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden. Auch für Mais wurden im Rahmen der Farm Scale Evaluations deutlich höhere Auskreuzungsdistanzen gemessen. Innerhalb einer 80 m-Zone liegt die durchschnittliche Einkreuzungsrate bei 0,298 %. In einem Einzelfall konnte eine Einkreuzung noch in 650m Entfernung gemessen werden.

In einer weiteren Arbeit wird in einer Computersimulation errechnet, dass die Einführung einer herbizidresistenten Zuckerrübe innerhalb von zwanzig Jahren zu einem Aussterben der Feldlerche führen könnte, da durch die Breitbandherbizide speziell die Futterpflanzen dieser Vogelart vernichtet werden. Zusammenfassungen und die Studien sind auf folgenden Internetseiten erhältlich (<http://www.defra.gov.uk/news/latest/2003/fserevents.htm>).

Diese Gentechnik Nachrichten Extra-Ausgabe wurde erstellt von: Beatrix Tappeser

28.11.03

Verbraucher und Landwirte müssen frei wählen können, ob sie Gentechnik-Produkte kaufen beziehungsweise anbauen wollen oder nicht. Dafür müssen getrennte Produktions- und Verarbeitungswege realisiert werden.

2. Saatgutreinheit.

Im Saatgut dürfen keine gentechnischen Verunreinigungen toleriert werden.

3. Koexistenz.

Konventionelle Landwirtschaft und Öko-Landbau dürfen von der Gentechnik nicht unmöglich gemacht werden. Für Pflanzen mit einem besonders hohen Ausbreitungspotenzial muss ein Anbauverbot durchgesetzt werden.

4. Haftungsregelungen.

Wer durch die Verwendung von Gentechnik Schaden verursacht, muss auch dafür haftbar gemacht werden können. Es muss ein Haftungsfond eingerichtet werden, der diejenigen unbürokratisch entschädigt, deren Ernte durch Pollenflug oder Sameneintrag verunreinigt wurde.

5. Anbauvorgaben.

Mindestabstände, Heckenpflanzungen und andere Maßnahmen müssen regeln, wie die Koexistenz ermöglicht wird.

Dr. Stephan Albrecht von der VDW sieht diese Forderungen wissenschafts- und gesellschaftspolitisch begründet. „Die langjährig vorgetragene Behauptung, dass der Anbau von transgenen Nutzpflanzen im Vergleich zu konventionellen Praktiken keine nachteiligen Wirkungen zeige, ist unzutreffend“, stellt der Wissenschaftler fest.

Erst im letzten Monat veröffentlichte die britische Royal Society die Ergebnisse einer langjährigen Studie, die einen Zusammenhang zwischen dem Anbau von genmanipuliertem Raps und Zuckerrüben und einem Rückgang der Artenvielfalt nachwies. Ein anderer aktueller Artikel fasst die Ergebnisse verschiedener Studien zu den Gesundheitsauswirkungen von transgenem Futter zusammen und zeigt, dass in allen unabhängigen Studien Hinweise auf einen negativen Einfluss des veränderten Futters auf die Gesundheit der Versuchstiere festgestellt wurde.

Öko-Institut und VDW sind der Ansicht, dass das neue Gentechnik-Gesetz diesen Erkenntnissen Rechnung tragen und dem von der Mehrheit der Bevölkerung geäußerten Wunsch nach gentechnikfreien Lebensmitteln nachkommen muss. Es ist demokratisch hoch bedenklich, dass sich die Regierungen um diese Tatsache schlicht nicht kümmern, betont Stephan Albrecht.

AnsprechpartnerInnen:

- Dr. Beatrix Tappeser, Koordinatorin des Forschungsbereichs „Biodiversität, Ernährung & Landwirtschaft“
b.tappeser@oeko.de, Telefon 0761/452 95-39, Mobil 0175 - 183 41 19
- Dr. Stephan Albrecht, Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), alwold5@aol.com,
Telefon 04841/87 24 87, Mobil 0172/41 23 383

Das Öko-Institut e.V. ist das führende Umweltforschungsinstitut im Bereich der angewandten Ökologie. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler ist ein Zusammenschluss von Natur-, Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen und fühlt sich der Tradition verantwortlicher Wissenschaft verpflichtet.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der britischen Studie ist im Internet unter <http://www.defra.gov.uk/news/latest/2003/fsresults.htm> abzurufen.

Der Übersichtsartikel kann unter [http://www.soilassociation.org/web/sa/saweb.nsf/0/80256cad0046ee0c80256d66005ae0fe/\\$FILE/NutritionHealthstudy.pdf](http://www.soilassociation.org/web/sa/saweb.nsf/0/80256cad0046ee0c80256d66005ae0fe/$FILE/NutritionHealthstudy.pdf) eingesehen werden.

Das Öko-Institut e.V. gibt zu Fragen der Gentechnik regelmäßig einen Newsletter heraus. Er berichtet über die aktuellen Entwicklungen, die politischen Entscheidungen und Kontroversen. Dieser Newsletter und die Spezialausgaben können über die Homepage des Öko-Instituts (www.oeko.de/gentechnik.htm) eingesehen werden.

Antrag

Fraktion der PDS

Begleitkonzepte zur Biotechnologieoffensive für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgeabschätzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit

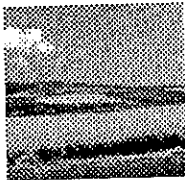
Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Biotechnologieoffensive im Allgemeinen und für das vorgesehene Anbauprogramm im Besonderen als sehr dringlich angesehene, in sich geschlossene Begleitkonzepte für die Sicherheits- und Begleitforschung, die Risikofolgeabschätzung sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu erarbeiten und den Landtag darüber in Kenntnis zu setzen.

Begründung

Die gescheiterte Initiative, mit Beteiligten und berufsständischen Vertretungen eine gemeinsame Vereinbarung zum Anbauprogramm zu unterzeichnen, zeigt, dass es dringend ernsthafter vertrauensbildender Massnahmen zur Begleitung der Biotechnologieoffensive bedarf. Die in der Öffentlichkeit und in der Anhörung des Landtages geäußerten Sorgen sind seitens der Landesregierung nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch auf den Feldern Sicherheit, Risikoabschätzung und Öffentlichkeitsarbeit sollte das Land Sachsen-Anhalt nach einer Vorreiterrolle unter den Bundesländern streben.

Dr. Petra Sitte
Fraktionsvorsitzende



■ Sachsen-Anhalt

Anbauprogramm: Koexistenz im Test

http://www.transgen.de/?link=/Aktuell/anbau_sa.html

Im nächsten Frühjahr soll in Sachsen-Anhalt gentechnisch veränderter Mais angebaut werden. Das sieht ein Initiativpapier vor, das die Landesregierung zusammen mit Züchtungs- und Agrarbiotechnologie-Unternehmen öffentlich vorgestellt hat.

Geplant ist, auf 300 bis 500 Hektar gentechnisch veränderten Bt-Mais auszusäen und die Ernte als Futtermittel zu verwerten. Der Mais produziert einen Wirkstoff (Bt-Toxin), so dass die Raupen des Maisszünslers keinen Schaden anrichten. Der Schädling ist vor allem am Oberrhein, in Süddeutschland und im Oderbruch aktiv und breitet sich zunehmend nach Norden aus.

Mit dem vorerst auf zwei Jahre begrenzten Programm sollen praktische Erfahrungen mit dem Anbau und Verwertung von gentechnisch veränderten Pflanzen gewonnen werden. Es geht auch darum, Koexistenz unter Praxisbedingungen zu erproben und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Das Initiativpapier nennt als vorrangiges Ziel, "ein Mit- und Nebeneinander verschiedener landwirtschaftlicher Anbausysteme mit und ohne den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen am Beispiel von Mais zu organisieren."

Im Rahmen des Programms sollen verschiedene Koexistenzmaßnahmen - etwa Abstandsflächen zwischen Feldern mit konventionellem und GVO-Mais - erprobt, geprüft und bewertet werden.

Sachsen-Anhalt besitzt eine entwickelte wissenschaftliche Infrastruktur mit mehreren renommierten Einrichtungen aus den Bereichen Agrarforschung, Pflanzenzüchtung und -genetik. Das Land will sich als Innovationsstandort profilieren und setzt daher auf die Grüne Gentechnik.

■ Bauern bremsen. Doch die forschenden Pläne treffen nicht nur auf Zustimmung. Vor allem die Bauernverbände gehen auf Distanz. Sie wollen erst bundeseinheitliche Koexistenz- und Haftungsregelungen abwarten. Ursprünglich hatten die Bauernverbände das Programm unterstützt, doch dann zogen sie die bereits zugesagte Unterschrift zurück.

Auch Sachsen-Anhalts Umweltministerin Petra Wernicke will erst "klare rechtliche Rahmenbedingungen" bevor GVO-Pflanzen auf die Felder kommen. Doch dazu müsste sich die Bundesregierung auf ein neues Gentechnik-Gesetz einigen, mit dem die EU-Freisetzungs-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wird. Wegen ihres Versäumnisses hat die EU-Kommission gegen Deutschland eine Klage beim Europäischen Gerichtshof eingeleitet.

■ Streit um Haftung. Druck kommt auch aus Berlin. Das Anbauprogramm sei "ohne Rechtsgrundlage", erklärte das Verbraucherschutzministerium und forderte die Landesregierung in Magdeburg schriftlich auf, "einige Fragen zu beantworten". Völlig ungeklärt seien die Koexistenz mit der konventionellen Landwirtschaft und daraus resultierende Haftungsfragen.

Dagegen hält das Initiativpapier zum Anbauprogramm die vorhandenen gesetzlichen Regelungen für ausreichend. Es verweist auf das Produkthaftungsrecht und andere Bestimmungen des öffentlichen Rechts, die im Konfliktfall herangezogen werden können.

Trotz des Gegenwinds hält die Landesregierung an ihren Plänen fest. Zwar wurde durch den Rückzug der Bauernverbände die Vereinbarung über das Anbauprogramm nicht wie geplant verbindlich unterschrieben, dennoch soll im Frühjahr gentechnisch veränderter Mais angebaut werden.

Getragen wird das Programm neben der Landesregierung von sechs Unternehmen aus Züchtung und Agrarbiotechnologie und ihnen nahe stehenden Verbänden.

Mehr bei TransGen

Wahlfreiheit und Koexistenz. Alle sprechen davon, meinen jedoch etwas anderes [» mehr]

Das Schwellenwert-Dilemma. GVO-Spuren im Saatgut: Züchter und Juristen haben unterschiedliche Sichtweisen. [» mehr]

Koexistenz? Heftiger Streit um die (Un-) Vereinbarkeit von konventioneller Landwirtschaft und Grüner Gentechnik [» mehr]

08. November 2003

▲ zum Seitenanfang | Mail an TransGen

Programm PDS

Dieses Programm der PDS wurde von der 2. Tagung des 8. Parteitages am 26. Oktober 2003 in Chemnitz mit 333 Stimmen und 38 Gegenstimmen, bei 10 Enthaltungen, beschlossen

Fassung pds-online.de, pdf-Fassung s.S.19

Zu Chancen und Risiken der Biotechnologie und Gentechnik sind intensive Auseinandersetzungen notwendig, da Forschung und technologische Entwicklung auf diesen Gebieten sowohl irreparable Gesundheits- und Umweltschäden nach sich ziehen als auch Dienste bei der Behandlung von Krankheiten, bei der Umweltsanierung und für das ökologische Bauen leisten können.

Die grundgesetzlich garantierte Forschungsfreiheit stößt auf gesellschaftliche Grenzen, wenn sie in Widerspruch zu individuellen Grundrechten gerät, insbesondere zu dem von der Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen. Die PDS lehnt die Patentierung von Genen kompromisslos ab. Diese Praxis droht zu einem katastrophalen Schub der Monopolisierung und Kommerzialisierung zu führen. Der massenhafte Einsatz gentechnisch manipulierter Pflanzen auf dem Saatgut- und Agrochemikalienmarkt hat dazu geführt, dass Millionen Bauern vor allem in den Ländern des »Südens« in Abhängigkeit von den Konzernen geraten sind und ihre Lebensgrundlagen zerstört werden. Die PDS fordert den Beitritt der Bundesrepublik zu dem Moratorium anderer westeuropäischer Staaten, das die Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen ausschließt.

Den ländlichen Gebieten und der Agrarwirtschaft kommen wachsende Bedeutung für die soziale und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik und der Europäischen Union zu. Die vorhandenen Grundlagen und Ansätze zu ökologischer Erzeugung sollten intensiv ausgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Betriebe soll erhalten und verbessert werden. Die Agrarwirtschaft der Bundesrepublik muss sich nach Auffassung der PDS über die Sicherung gesunder Ernährungsgrundlagen hinaus in Richtung auf die Bereitstellung alternativer Rohstoffe und Energieträger, den Ausbau des integrierten und ökologischen Landbaus, den verstärkten Natur-, Arten- und Tierschutz, den Erhalt von Kulturlandschaften

und die weitere Ablösung von Futtermittelimporten entwickeln. Erhalt und Festigung gesunder Betriebsstrukturen unterschiedlicher Eigentumsformen und berufliche Perspektiven für die Landjugend bilden dafür die Voraussetzung. Als sozialistische Partei unterstützt die PDS Agrargenossenschaften, die die Vielfalt genossenschaftlicher Bewegungen in Europa bereichern. Der Auf- und Ausbau von Erzeugerverbänden und regionalen Erzeugerketten stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und fördert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Bei weiteren Schritten zu ihrer Demokratisierung kann die Vertragslandwirtschaft ein Weg sein, Dominanz der Ernährungsindustrie und Macht der großen Handelsketten zu begrenzen.

Ursachen des Hungers lassen sich nicht mit „Grüner“ Gentechnik beseitigen

Zum Welternährungstag am 16.10.2003

Die Hungerprobleme der Welt lassen sich nicht mit Grüner Gentechnik aus dem satten Teil dieser Welt lösen, so wie dies auch der massenhafte Einsatz von DDT und anderen Agrochemikalien während der „Grünen Revolution“ vor 30 Jahren nicht vermochte, wenn sich nicht auch die gesellschaftlichen Verhältnissen grundlegend ändern. Genmanipulierten Reises bedürfte es zum Schutz vor der Reisblindheit nicht, sondern es reicht eine tägliche Handvoll vitaminreichen Gemüses...

Der massenhafte Einsatz genmanipulierter Kulturpflanzen ist vor allen Dingen der Schlüssel für die Globalisierung im Bereich der Agrarproduktion. Es droht eine Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt durch wenige Chemie- und Saatgutkonzerne und eine weltweite völlige Abhängigkeit der Bauernschaft. Es droht die völlige Zerschlagung der für die Ernährung lebenswichtigen traditionellen subsidiären Landwirtschaft im Süden unserer Hemisphäre.

Angesichts des Überflusses des Nahrungsmittelangebots in den Industrieländern, dem Gerede von Butter- und Fleischbergen sowie stillgelegten Äckern bei gleichzeitiger Alimentierung der landwirtschaftlichen Urproduktion ist es sowohl für den Landwirt als auch den Verbraucher nicht plausibel, worin für ihn der Nutzen gentechnisch erzeugter insektizid- oder herbizidresistenter Kulturpflanzen bestehen soll.

Ein massenhafter Einsatz solcher Kulturpflanzen birgt stattdessen für die heimische Landwirtschaft und den Verbraucher unabschätzbare Langzeitr Risiken durch eine unkontrollierte Ausbreitung manipulierter Gene in der freien Natur und in der Nahrungskette. Den jüngsten Forderungen von Strengen Regeln für die Gentechnik durch Greenpeace ist deshalb grundsätzlich zuzustimmen. Das Vorsorgeprinzip muss so lange greifen, bis die Unbedenklichkeit zweifelsfrei nachgewiesen ist.

Die Landespolitik in Sachsen-Anhalt muss deshalb neben der sich abzeichnenden reinen Biotechnologieförderung zugleich

1. die biotechnische Begleitforschung systematisieren und ausbauen,
2. die traditionelle Züchtung und Züchtungsforschung auf hohem Niveau erhalten,
3. die Öffentlichkeit bei der Thematik insgesamt, und bei Freisetzungsversuchen umfassend informieren und beteiligen
4. Sicherheiten schaffen, dass für Landwirte, die dies wünschen, eine gentechnikfreie Produktion und für Verbraucher, die dies wünschen, der Verbrauch von Lebensmittel ohne Komponenten aus genmanipulierten Nutzorganismen gewährleistet ist.
5. Das Reinheitsgebot muss beim Saatgut beginnen, und im Munde des Verbrauchers enden.
6. von der Wirtschaft eine angemessene Beteiligung am Langzeitmonitoring einfordern.

Magdeburg, 16.10.2003

Dr. U.-V. Köck
Umweltpolitischer Sprecher

Änderungsantrag

Fraktion der PDS

Chancen der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt nutzen

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/857**

Der Landtag wolle beschließen:

Nach dem 4. Absatz sind folgende zwei Absätze neu einzufügen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine adäquate Begleitforschung von Freisetzungsversuchen und des vorgeschlagenen Anbauprogramms vorwiegend durch sachsen-anhaltische Wissenschaftseinrichtungen sicherzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die gestartete Biotechnologie-Offensive mit einer Öffentlichkeits-Offensive über moderne Biotechnologien und gentechnische Methoden zu begleiten.

Begründung

erfolgt mündlich.

Dr. Petra Sitte
Fraktionsvorsitzende

Erste Beratung

Chancen der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt nutzen

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - Drs. 4/857

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/903

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Intention war von Anfang an, einen parteiübergreifenden Konsens für diesen Antrag hinzubekommen. Das Thema ist sehr wichtig. Es beinhaltet sensible Aspekte und bedarf deshalb einer intensiven Diskussion.

Die Anregung, diese Diskussion ausführlich in mehreren Ausschüssen durchzuführen, kam von den Oppositionsparteien, die wir mit dem ersten Entwurf beglückt hatten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Von Beglücken kann man nicht reden!)

- Beglückt nicht, gut. - Nein, es gab eine konkrete Absprache und es folgten ein Schriftverkehr und Abstimmungen ganz konkreter Art. Daraufhin wurde der Vorschlag, sich intensiv in den Ausschüssen zu beraten, von uns gem aufgegriffen. Deshalb, das sage ich gleich vomweg, möchten wir diesen Antrag sowie auch den Änderungsantrag der PDS in die Ausschüsse überweisen, um hier in intensive Diskussionen, einschließlich Anhörungen, zu kommen, um dann zu einem parteiübergreifenden Konsens zu gelangen. - So ist es korrekt. Herr Püchel, ich sehe Sie nicken.

Meine Damen und Herren! Zu den Potenzialen der Biotechnologie in Sachsen-Anhalt möchte ich nur ganz kurz etwas sagen; wir müssen auch ein wenig auf die Zeit achten.

Nur so viel: Chemie und Landwirtschaft gelten als Impulsgeber für die Biotechnologie, und dies sind bei uns nun einmal sehr starke Branchen. Wir haben eine ausgesprochen gute Forschungsinfrastruktur, gute Start-Up-Unternehmen, also Kernunternehmen im Bereich Biotechnologie. Mit 20 Unternehmen sind wir in absoluten Zahlen auf Platz 8 in Deutschland. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern können.

Wir verfügen über wichtige Infrastruktureinrichtungen, die Biozentren, und eine verbundene Industrie, also eine Wertschöpfungsindustrie, für den Bereich Pharma und Landwirtschaft. Es gibt funktionierende Netzwerke und Dienstleister; ich möchte an die Finanzdienstleister erinnern.

Seit dem Beginn des Themas Biotechnologie, etwa Mitte der 90er-Jahre - das möchte ich betonen -, haben alle Regierungen in Sachsen-Anhalt dieses Thema nachhaltig unterstützt und begleitet. Das meine ich als Kompliment und Lob auch an die Vorgängerregierungen, die dem Thema wirklich von Anfang an eine hohe Bedeutung zugemessen haben. Es mag auch daran liegen, dass viele Menschen bei uns im Land bei diesem Thema indirekt oder direkt in der Vergangenheit oder auch jetzt noch involviert sind. Das ist ganz einfach so, wie ich feststelle, wenn ich in die Runde schaue.

Die Landesregierung hat im November 2002 mit der Verabschiedung der Grundzüge der Biotechnologieoffensive ein neues Kapitel aufgeschlagen. Es geht darum, die Chancen, die Sachsen-Anhalt auf diesem Gebiet hat,

jetzt auch wirtschaftlich zu nutzen. Das ist der Hintergrund.

Im ersten Absatz des Antrages geht es darum, noch einmal auf diese Offensive einzugehen. Derzeit befindet sich eine Umsetzungsstrategie in der Regierung in der Diskussion. Ich glaube, davon werden wir bald hören und werden darüber sicherlich auch in den Ausschüssen diskutieren.

Im zweiten Absatz des Antrages geht es speziell um das Thema der grünen Biotechnologie. Hierzu gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen. Vor 100 Jahren war das Zentrum der Saatzuchtindustrie in Europa und Deutschland hier in Sachsen-Anhalt im Bereich Nordharz, Börde bis Halle. Grundlage dafür waren natürliche Voraussetzungen, bestimmte klimatische und Bodenverhältnisse.

Mit im Moment ca. 1 000 Beschäftigten gibt es dort die höchste Wissenschaftskonzentration in Deutschland im Bereich der grünen Biotechnologie. Das ist der einzige Bereich, in dem bei uns die bundesweit höchste Konzentration in einer speziellen Branche gegeben ist.

Es kommt noch etwas hinzu: Es gibt eine hohe Standortbindung mit einer kompletten Wertschöpfungskette von Forschung und Entwicklung über Saatzüchter, Biotech-Firmen, die Landwirtschaft und die Veredelungsindustrie. Das heißt, Forschungs- und Entwicklungsprodukte können hier auch in Wertschöpfung umgesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Noch etwas: Sie können diese Technologie nicht wie viele andere Technologien einfach abends zusammenpacken und an einem anderen Standort errichten. Sie müssen mit den Pflanzen irgendwann ins Freiland. Diese Chance müssen wir nutzen.

Meine Damen und Herren! Die Rahmenbedingungen für die Nutzbarmachung der grünen Biotechnologie sind in Deutschland und in Europa - ich will es vorsichtig ausdrücken - nicht optimal. Auf diesem Gebiet hat Europa wie in vielen anderen Bereichen den Anschluss verpasst. Die Entwicklung ging an Europa vorbei. Weltweit werden auf ca. 50 Millionen ha transgene Pflanzen angebaut. In Europa sind es viel, viel weniger; einen kommerziellen Anbau gibt es überhaupt noch nicht.

Eines ist klar: Die grüne Biotechnologie wird kommen, auch nach Deutschland und Europa. Die Frage ist nur, wann. Wenn sie kommt, dann müssen wir darauf eingerichtet und entsprechend aufgestellt sein. Wenn wir das nicht rechtzeitig tun, werden uns andere Regionen, etwa in Frankreich oder in England, den Schneid wieder abkaufen.

Wir müssen deshalb versuchen, alles in Bewegung zu setzen, um die Rahmenbedingungen zu ändern. Deshalb ist es sehr begrüßenswert, dass die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des Gentechnikgesetzes ergriffen hat.

Für eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht in bundesdeutsches Recht -- Um mehr geht es eigentlich nicht; denn auf EU-Ebene wackelt alles. Das heißt, die strengen Beschränkungen bei Freilandversuchen, bei dem In-Verkehr-Bringen und bei der Genehmigung von transgenen Organismen kippen. Erst vorgestern wurde die Kennzeichnungspflicht eingeführt. Das heißt, zum Jahresende wird, wenn sie kommt, das

Zulassungsverbot für transgene Organismen aufgehoben.

Im Anbauprogramm - das ist der Schwerpunkt dieses Antrages - geht es um Folgendes: Die Pflanze muss vom Labor über das Gewächshaus ins Freiland. Bevor der kommerzielle Anbau beginnen kann, gibt es erst Freilandversuche, Freisetzungsversuche - das funktioniert; das wird über das Robert-Koch-Institut genehmigt. Bevor man aber vom Freisetzungsversuch in den kommerziellen Anbau kommt, braucht man ein Versuchsprogramm auf größeren Flächen, um Erfahrungen zu sammeln, versehen mit einer Begleitforschung.

Nichts anderes sieht das beantragte Anbauprogramm auf größeren Flächen vor. Ein solches Anbauprogramm war vor zwei Jahren von der Bundesregierung geplant, stand kurz vor der Eröffnung, ist aber aufgrund der BSE-Krise erst einmal zurückgestellt worden. Wir würden ein tolles Signal an Wirtschaft, Wissenschaft und Landwirtschaft senden, wenn wir bei uns im Lande ein solches Anbauprogramm für genehmigte transgene Pflanzen initiieren würden.

Im vierten Absatz - darauf möchte ich nicht weiter eingehen - geht es um das Thema rote Biotechnologie. Insbesondere bei der Neuzulassung und der Nachzulassung von Pharmawirkstoffen gibt es enorme Schwierigkeiten, die kleine und mittelständische Unternehmen in unserem Land vor Probleme stellen. Wir bitten die Landesregierung, diesbezüglich entsprechend aktiv zu werden.

Meine Damen und Herren! Abschließend noch einmal der Vorschlag, diesen Antrag und auch den Änderungsantrag in die Ausschüsse zu überweisen, und zwar zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Ernährung, Landschaft und Forsten, für Umwelt, für Bundes- und Europaangelegenheiten, für Kultur und Medien sowie für Bildung und Wissenschaft

(Zuruf: Gesundheit!)

und in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schrader. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Rehberger um das Wort gebeten. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Dr. Schrader uneingeschränkt anschließen und möchte das, was er ausgeführt, nicht wiederholen.

Dass die Biotechnologie weltweit eine überragende Bedeutung hat oder bekommen wird, ist unstrittig. Die OECD schätzt ein, dass die Biotechnologie eine ähnliche Bedeutung erlangen wird wie heute die Informationstechnik. Davon werden neben dem Pharmabereich und der Medizin vor allem die Landwirtschaft und der Umweltsektor profitieren. Aber auch in Branchen wie der Materialforschung oder der Energie- und Informationstechnik werden biotechnologische

Methoden gravierende wirtschaftliche Entwicklungen auslösen.

Auch die EU-Kommission weist in ihrem im Januar 2002 vorgelegten Strategiepapier und Aktionsplan auf die positive Rolle der Biowissenschaften und der Biotechnologie für die wirtschaftliche Entwicklung Europas hin.

Dass Sachsen-Anhalt innerhalb Europas und insbesondere der Bundesrepublik optimale Voraussetzungen für eine gute Entwicklung der Biotechnologie bietet, ist unstrittig, wobei ich persönlich dem, was Herr Dr. Schrader vorgetragen hat, hinzufügen will, dass die Akzeptanz durch die Bevölkerung in unserem Lande auch ein Standortvorteil ist. Es hat in bestimmten Teilen der Bundesrepublik die eine oder andere unerfreuliche Entwicklung gegeben.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Bayern! - Herr Gürth, CDU: Hessen!)

- Insbesondere in Bayern. Ich bin Ihnen dankbar für den Hinweis. Das ist ziemlich weit weg von uns.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

In dem Zusammenhang hat es vielleicht eine gewisse Bedeutung, Herr Püchel, wie auch immer.

(Zurufe von Herrn Hauser, FDP, und von Herrn Wolpert, FDP)

- Herr Kollege Hauser, es war aber keine Spitze gegen Sie. Wir freuen uns, dass es vernünftige Bayern gibt. Sie gehören zweifellos dazu.

(Heiterkeit - Zustimmung von Frau Feußner, CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Er ist doch ausgewandert!)

Deswegen ist er auch im Landtag zu Sachsen-Anhalt und nicht im Maximilianeum zu München.

Meine Damen und Herren! Die Biotechnologieoffensive der Landesregierung umfasst eine Vielzahl von Einzelaktionen. Es ist unheimlich wichtig, dass der rechtliche Rahmen, der gerade in diesen Tagen durch das Europäische Parlament festgelegt worden ist, jetzt auch in der Bundesrepublik entsprechend geschaffen wird. Die beiden Verordnungen über die Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln, die das Parlament beschlossen hat, müssen unverzüglich in nationales Recht überführt werden. Das Land Sachsen-Anhalt hat, wie Sie wissen, bereits einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat eingebracht.

Neben den vielen Einzelpunkten, die zu der Biotechnologieoffensive gehören und die ich nicht im Einzelnen aufzählen will, wird sicherlich ein Anbauprogramm, wie es der Antrag vorschlägt, für bereits genehmigte gentechnisch veränderte Pflanzen ein wichtiger Beitrag sein. Deswegen begrüße ich ausdrücklich, dass auch über das Parlament ein solches Thema angesprochen wird.

Auch die Vorschläge der PDS, nämlich eine adäquate Begleitforschung in jedem Fall sicherzustellen - eigentlich gehört ein solche nach meinem Verständnis ohnehin dazu; aber das kann man sehr deutlich noch einmal sagen - und eine Öffentlichkeitsoffensive als weiteres Element einer solchen Biotechnologieoffensive, sind Punkte, die ich sehr gern aufgreife; denn natürlich ist die Biotechnologie nicht unumstritten. Es gibt in der

polemischen Diskussion über dieses Thema Schlagworte wie „Genverseuchung“ und Ähnliches mehr. Ich glaube, dass insofern eine Information und eine gute Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung sind, wenn wir die Bevölkerung weiterhin auf unsere Seite haben wollen.

Von den Ausschussberatungen erhoffe ich mir, dass alle Fraktionen dieses Hauses zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen werden. Ein einmütiges Bekenntnis des Landtages von Sachsen-Anhalt zur Biotechnologie wäre ein erster hilfreicher Beitrag zur Öffentlichkeitsoffensive, die von der PDS angeregt wird. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Nun bitte Herr Dr. Köck.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind gerade einmal 50 Jahre vergangen seit dem Erscheinen der bahnbrechenden Arbeit über die universelle Struktur der DNA von Watson und Crick. Mittlerweile gehört es zur Laborroutine, funktionstüchtige Gene selbst über Artgrenzen hinweg in ein anderes Genom zu übertragen.

Mit dem grundsätzlich möglich gewordenen Zugriff auch auf das menschliche Erbgut erhält die auf der Menschheit lastende Verantwortung für ihre eigene Fortexistenz eine völlig neue Qualität. Wer von den Chancen der Biotechnologie spricht, darf seine Augen nicht vor den Risiken verschließen. Um nicht missverstanden zu werden, möchte ich hinzufügen: Jegliche Wissenschaft und Technikanwendung ist ohne bewusste Risikoentscheidung heute nicht mehr denkbar.

Die mit Fragen der Risikobewertung und -verteilung, Kosten-Nutzen- und Wahrscheinlichkeitsrechnungen befasste Technikfolgenabschätzung sieht sich im Fall der Gentechnik bis jetzt noch nicht in der Lage, die Grenzen der verantwortbaren Risiken, insbesondere für die zukünftigen Generationen, näher zu bestimmen.

Der Zynismus in dem Vorwurf von US-Präsident Bush, das Anbaumoratorium für genveränderte Kulturpflanzen in Europa würde den Hunger in Afrika verschärfen, zeigt, wo die eigentlichen Risiken der Gentechnik liegen. Es sind weniger die Gefahren, die von einem sich eventuell der menschlichen Kontrolle entziehenden gentechnisch veränderten Organismus ausgehen, als vielmehr die immer größer werdende Abhängigkeit von einer Hand voll immer mächtiger werdender Konzerne.

Hinter den Äußerungen des Präsidenten der USA stehen milliardenschwere Interessen der großen Gentechnik- und Food-Konzerne, denen der Zugang zum europäischen Markt durch das Anbaumoratorium seit Jahren verwehrt ist. Sie geraten zunehmend unter Druck, weil außer bei transgener Baumwolle die versprochenen Ertragszuwächse nicht erreicht wurden.

Neben den Forschungseinrichtungen des Landes sind seit 1996 mit Aventis und Monsanto übrigens zwei aus dem Kreis dieser Giganten mit Freisetzungsversuchen in Sachsen-Anhalt präsent. Dabei ging es bisher ausschließlich um die Toleranz der Kulturart gegenüber Totalherbiziden.

Die Auseinandersetzungen um die Kennzeichnungspflicht und die Klage der USA vor der WTO, um dieser nicht nachkommen zu müssen, sowie die Skandale um BSE, Dioxinverseuchung, Hormonfleisch und -futtermittel haben zu einer großen Vertrauenslücke beim Verbraucher geführt. 70 % der Deutschen stehen deshalb einer aktuellen Umfrage zufolge gentechnisch veränderten Nahrungsbestandteilen skeptisch gegenüber.

Angesichts des Überflusses des Nahrungsmittelangebots in den Industrieländern, dem Gerede von Butter- und Fleischbergen, stillgelegten Äckern bei gleichzeitiger Alimentierung der landwirtschaftlichen Urproduktion ist es für den Verbraucher nicht plausibel, worin für ihn der Nutzen gentechnisch erzeugter insektizid- oder herbizidresistenter Kulturpflanzen bestehen soll.

(Zustimmung von Herrn Czeke, PDS)

Der massenhafte Einsatz genmanipulierter Kulturpflanzen ist vor allen Dingen der Schlüssel für die Globalisierung im Bereich der Agrarproduktion. Es droht eine Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt durch wenige Chemie- und Saatgutkonzerne und eine weltweite völlige Abhängigkeit der Bauernschaft. Es droht die völlige Zerschlagung der für die Ernährung lebenswichtigen traditionellen subsidiären Landwirtschaft im Süden unserer Hemisphäre.

Die Sicherung von Verwertungsrechten an lebenden Organismen, zum Beispiel durch Patentierung, führt heute schon so weit, dass der einheimischen Bevölkerung dadurch der Zugriff auf die Naturressourcen vor der eigenen Haustür verwehrt wird.

Die Gentechnik ist hinsichtlich ihrer Möglichkeiten und Ergebnisse außerordentlich ambivalent. Doch weder dumpfe Aversionen noch Technologiefeindlichkeit oder gar moderne Maschinenstürmerei sind geeignete Mittel, um offene Fragen zu beantworten. Sie können die Antworten eher verzögern.

Politische Entscheidungen über die Steuerung von Forschungsprozessen und die Verwertung ihrer Resultate - der vorliegende Antrag will steuernd eingreifen - müssen, wenn sie sachgemäß erfolgen sollen, auch eventuelle Risiken angemessen in Betracht ziehen. Das ist bei der Gentechnik besonders wichtig, weil Wissenschaft und Forschung einem wachsenden ökonomischen Verwertungsdruck ihrer Ergebnisse unterliegen. Sie sehen sich laufend der Gefahr ausgesetzt, die naturwissenschaftliche Forschungsethik zu ignorieren.

Es wäre aber verhängnisvoll, eine mit den Risiken der Gentechnik begründete Einschränkung der Freiheit der Forschung zu fordern. Allerdings wird diese Freiheit de facto über die Vergabe von Haushalts- und Forschungsfördermitteln kanalisiert. Mit zunehmendem Anteil der direkt aus der Wirtschaft fließenden Drittmittel werden die Freiheitsgrade entsprechend eingeeignet.

Trotz zahlreicher Start-ups bestimmen auch in unseren Gefilden die großen Branchenkonzerne den Kurs. - Bei mir wird „Ende der Redezeit“ angezeigt. Vielleicht können wir uns einigen. Ich mache es nachher bei den Windkraftanlagen kurz, damit ich lieber hier --

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der SPD: Nein!)

Eine Förderung gerade der jungen Firmen und der mittelständischen Biotech-Unternehmen, die traditionell in Sachsen-Anhalt wurzeln, findet nicht zuletzt unter diesem Aspekt die Zustimmung der PDS. Dabei übersehen wir nicht den Trend zur Kapitalkonzentration in dieser Branche.

Eine umfassende öffentliche Debatte zur Nutzung der Gentechnik findet gegenwärtig in Sachsen-Anhalt nicht statt. Die wenigen Bürgerproteste gegen Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Kulturpflanzen dürfen nicht dazu verleiten, auf Öffentlichkeit verzichten zu wollen. Die besondere Verantwortung von Politik und Wissenschaft besteht gerade bei risikoreichen Sachverhalten darin, einen Meinungsbildungsprozess in der Gesellschaft zu befördern, um das Maß jenes Risikos bestimmen zu können, das die Gesellschaft zu tragen bereit ist.

Die PDS bekennt sich zu den großen Wissenschaftstraditionen und -potenzialen der Biotechnologie in Sachsen-Anhalt. Sie werden auch keinerlei Äußerungen von uns finden, die oberflächlich mit dem Thema Gentechnik umgehen. Vertrauend auf die Vorgespräche, sind wir natürlich erfreut, wenn beide Anträge in die Ausschüsse überwiesen werden, und freuen uns auf interessante Diskussionen nach der Sommerpause. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Köck. - Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag „Chancen der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt nutzen“ greifen wir im Landtag eine Thematik auf, die enorm viele Potenziale für dieses Land bietet. Heute kann aus dem Landtag ein sehr wichtiges Signal nach draußen dringen, nach draußen in die Wirtschaft, in die Landwirtschaft, in die Wissenschaft, aber auch an die Bürger unseres Landes, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt als Parlament - anders als an anderen Orten in Deutschland - willens ist, sachlich und konstruktiv mit dem Thema Biotechnologie umzugehen, also nicht emotional, was ja nicht verboten ist, sondern vor allem sachlich und konstruktiv.

Wir in Sachsen-Anhalt haben gerade mit der grünen Biotechnologie Chancen und Voraussetzungen, uns als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu profilieren wie kein zweiter Standort in Deutschland. Wir haben mit dem Netzwerk Innoplanta etwas vorzuweisen, woran andere noch arbeiten, nämlich ein Netzwerk zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung, der Saatzucht, der Landwirtschaft und der Wirtschaft sowie der Administration der Behörden, die in diesem Netzwerk Innoplanta bereits inbegriffen sind.

Dieses Netzwerk, die Arbeitsweise und die Projekte, die da entstanden sind, haben bereits im Innoregio-Wettbewerb einen Preis der Bundesforschungsministerin Frau Bulmahn bekommen. Dort wurde der Ansatz der vernetzten Zusammenarbeit in den verschiedenen Disziplinen zum Thema Biotechnologie ausgezeichnet.

Allein am Standort Gatersleben beim IPK - Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung - arbeiten

460 Mitarbeiter, Wissenschaftler aus 20 Nationen, in der kleinen Gemeinde Gatersleben. Dieses IPK beherbergt die fünfgrößte Genbank der Welt, züchtet jährlich ca. 8 000 Pflanzen. Bereits jetzt ist in einer Machbarkeitsstudie festgestellt worden, dass die Pläne zum Ausbau eines Bioparks dort hervorragende Chancen besitzen.

Das dort ansässige biotechnische Gründerzentrum ist zu 100 % ausgelastet; weiterer Bedarf ist da. Wir haben dort nicht nur den Bereich der Saatzucht regelmäßig in die verschiedenen Runden eingebunden; die Industrie, die Landwirtschaft, die Administration, alle arbeiten an dem Thema Biotechnologie mit.

Wir haben darüber hinaus das Biotechnikum in Halle, an den Universitäten wird gearbeitet, und man könnte - ob das die Bundesanstalt für Züchtungsforschung oder Klein Wanzleben ist - dieser Reihe von Beispielen noch viele hinzufügen, die die Stärke unseres Landes im Bereich der Biotechnologie eigentlich heute schon ausmachen.

Das Entscheidende ist, dass man die Diskussion über Biotechnologie nicht verkürzt. Biotechnologie heißt nicht, wie ich neulich in einer wirklich sehr unsachlichen Zeitschrift, in einem Flugblatt hierzu gelesen habe, dass man die sprichwörtliche Fleisch fressende Tomate auf dem Nachttisch befürchten muss, die einen nachts angreift, sondern Biotechnologie ermöglicht vieles, was früher nicht möglich war. Das betrifft die Bekämpfung des Hungers, es betrifft aber auch Arznei- und Heilmittel, damit Krankheiten geheilt werden können, die heute noch nicht heilbar sind.

Ein ganz anderes Thema, das immer zu kurz kommt, betrifft die nachwachsenden Rohstoffe. Schon jetzt wird daran gearbeitet, Produkte, die zum Beispiel aus Erdöl hergestellt werden, durch Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen zu substituieren. Wir haben in Sachsen-Anhalt hervorragende Ausgangsvoraussetzungen, auch in diesem Bereich einen weiteren Schritt nach vorn zu machen. Hierzu können wir die Potenziale unseres Landes nutzen.

Ich finde, es ist ein ausgezeichnetes Signal nach draußen, dass sich der Landtag heute darauf verständigen wird, sowohl den vorliegenden Antrag als auch den Änderungsantrag der PDS-Fraktion zur konstruktiven Beratung in die Fachausschüsse zu überweisen.

Ich will einen letzten Aspekt kurz aufgreifen, den mein Vorredner noch angesprochen hat. Das ist der Punkt „Transparenz“. Es ist notwendig, dass wir immer wieder in die Wissenschaft transportieren, dass Transparenz sehr wichtig ist. Dort, wo Wissen fehlt, wo offene Fragen nicht beantwortet werden, entsteht Misstrauen. Aus Misstrauen entsteht Furcht und Furcht ist immer ein Nährboden für die emotionale und wenig konstruktive Behandlung von vielleicht problematischen Tagesfragen.

Deswegen muss unser Anliegen auch sein, den Wissenschaftlern Mut zu machen, mit allgemein verständlichen Worten zu erklären, was in den Laboren und in den wissenschaftlichen Einrichtungen geforscht wird. Dann haben wir gute Chancen, in wenigen Jahren der Standort für Biotechnologie in Deutschland zu werden. Ich freue mich sehr, dass der Landtag zu diesem Thema eine so sachliche Debatte geführt hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Hause über die Rolle der Bedeutung von Biotechnologie zu sprechen hieße, Eulen nach Athen zu tragen - bei dem kompetenten Auditorium, das wir hier haben. Eben haben wir auch von Herrn Gürth einen sehr kompetenten Beitrag zu hören bekommen.

Wichtig wird auch sein - ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen -, über die Chancen und die Risiken zu sprechen. Manche betonen die Chancen, manche betonen die Risiken. Wir müssen beides klären und über beides reden, um für Akzeptanz zu sorgen, um Ängste zu nehmen, aber auch, um darüber aufzuklären, wo Gefahren bestehen.

Herr Gürth sagte eben zweimal, dass es ist wichtig und gut ist, dass von diesem Landtag ein Signal ausgeht. Dazu sage ich nur: Meine Damen und Herren, lieber Herr Schrader, lieber Herr Gürth, das Signal hätten wir klarer haben können. Sie haben vorher einen kleinen Eiertanz veranstaltet. Sie haben mich einmal im Flur angesprochen; Sie haben über die Zeitung mitgeteilt, dass wir etwas gemeinsam, über Parteigrenzen hinweg, machen wollen. Sie haben uns den Entwurf eines Antrages vorgelegt, der von allen Fraktionsvorsitzenden unterschrieben werden sollte. Aber noch ehe wir richtig über den Antrag diskutieren konnten, haben Sie, FDP und CDU, ihn selbst eingebracht. Es gibt sogar noch einen Briefwechsel dazu.

Sie hätten es ein bisschen klarer haben können. Aber das soll uns nicht davon abhalten, darüber zu diskutieren. Wir werden das gemeinsam tun. Wie gesagt, unsere Fraktion wird sich daran intensiv beteiligen.

Sie haben von 100 Jahren Saatzucht in der Börde und im Harz gesprochen. Herr Köck sprach von 50 Jahren Watson und Crick. Ich habe vor 25 Jahren in Gatersleben über Gentechnologie promoviert und habe in Klein Wanzleben gearbeitet. Ich kenne mich also auf der ganzen Strecke aus.

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

Ich bringe mich dabei gern selbst ein.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Das sind die Potenziale, die wir in Sachsen-Anhalt haben. Wir haben eine große Tradition in diesem Bereich.

Zwei Dinge muss man unterscheiden: Biotechnologie und Gentechnologie. Die Gentechnologie ist etwas Neues; die Biotechnologie ist Jahrtausende alt. Zum Beispiel die alkoholische Gärung - schon die alten Ägypter haben Alkohol getrunken - oder Brotbacken - das alles ist Biotechnologie. Davor darf man einfach keine Angst haben. Hätte man damals Angst davor gehabt, würde man heute kein Brot essen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Alkohol ist gefährlich! - Herr Gallert, PDS: Mit Alkohol ist das so ein Ding! - Heiterkeit)

- Den vernichten wir ja, um andere davor zu schützen.

(Heiterkeit)

- Ich höre jetzt auf, bevor es zu lustig wird. - In diesem Sinne wünsche ich uns eine gute Beratung. Wie gesagt, wir beteiligen uns daran. Ich hoffe, dass zum Schluss ein Ergebnis herauskommt, das alle mittragen können. - Danke.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Püchel. - Nun ist noch einmal Herr Dr. Schrader an der Reihe, wenn er denn möchte. - Er möchte nicht.

Meine Damen und Herren! Es ist beantragt worden, den Änderungsantrag zusammen mit dem Antrag an viele Ausschüsse zu überweisen: zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Umwelt, für Gesundheit und Soziales, für Bildung und Wissenschaft sowie für Europaangelegenheiten.

Ich lasse darüber zusammen abstimmen. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit ist die Überweisung einstimmig so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt 17 ist beendet.

Antrag

Fraktionen der FDP und der CDU

Chancen der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt und unterstützt die von der Landesregierung gestartete Biotechnologie-Offensive, um die wirtschaftlichen Potenziale der Biotechnologie für Sachsen-Anhalt zu nutzen. Neben einer fokussierten Unternehmens- und Forschungsförderung in den Schwerpunktbereichen Biopharmazeutik, Pflanzenbiotechnologie und Neurobiotechnologie gilt es, der Ausbildung und Qualifizierung des Humanpotenzials und dem weiteren Ausbau der Infrastruktur besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Landtag unterstützt die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes, um europäisches Recht in nationales Recht umzusetzen. Dadurch wird Rechts- und Planungssicherheit in Wirtschaft und Forschung sowie Vertrauen und Transparenz beim Verbraucher geschaffen. Dies ist erforderlich, um die Potenziale in der grünen Biotechnologie noch effizienter zu nutzen und Sachsen-Anhalt als bedeutenden Biotechnologiestandort weiter zu entwickeln.

Der Landtag spricht sich dafür aus, in Sachsen-Anhalt ein Anbauprogramm für bereits genehmigte, gentechnisch veränderte Pflanzen zu initiieren. Die Landesregierung wird gebeten, zur Realisierung des Programms den relevanten Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung hierbei Unterstützung anzubieten.

Die Landesregierung wird gebeten, sich im Bereich der biopharmazeutischen Entwicklung und Produktion für faire Wettbewerbsbedingungen einzusetzen, um die Unternehmen in den neuen Bundesländern nicht zu benachteiligen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, in den Ausschüssen für Wirtschaft und Arbeit, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Umwelt, für Gesundheit und Soziales, für Bildung und Wissenschaft sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten über die Umsetzungsstrategie der Biotechnologie-Offensive und die Ergebnisse zu berichten.

Begründung

Mit Hilfe der modernen Biotechnologie werden bedeutende Beiträge zur Bekämpfung des Hungers in Dritte-Welt-Staaten, zur Bekämpfung von bislang unheilbaren Krankheiten sowie zur Reduzierung des Einsatzes von Insektiziden, Pestiziden und Düngemitteln geleistet.

Basierend auf starken Potenzialen der Chemie und der Landwirtschaft, einer sich in den letzten Jahren kontinuierlich entwickelnden biotechnologisch-orientierten Forschungs- und Wirtschaftslandschaft und natürlichen Standortvorteilen bieten sich für Sachsen-Anhalt berechnigte Chancen, die Biotechnologie zu einem imageprägenden Wirtschaftsfaktor zu entwickeln. Mit über 20 biotechnologischen Kernunternehmen, in denen über 700 Beschäftigte tätig sind sowie den pharmazeutischen Unternehmen und der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie, die von den Produktentwicklungen der Biotechnologie profitieren, nimmt Sachsen-Anhalt eine beachtliche Stellung im bundesdeutschen Vergleich ein.

Mit der gestarteten Biotechnologie-Offensive will das Land die Entwicklung und wirtschaftliche Nutzung der Biotechnologie in Sachsen-Anhalt weiter forcieren. In enger Abstimmung zwischen Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Kultus- und Gesundheitsressort wird auf die bestehenden Stärken,

- biopharmazeutische Entwicklung und Produktion,
- Pflanzenbiotechnologie und moderne Züchtungsforschung und
- Neurotechnologie

sowie die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Sicherung und den Ausbau dieser Technologiebranche fokussiert.

Mit seiner traditionsreichen Kulturpflanzenforschung, dem Züchtungspotenzial und den Kapazitäten der landwirtschaftlichen Produktion und Veredelung bieten sich für Sachsen-Anhalt beste Voraussetzungen für die weitere Entwicklung und kommerzielle Nutzung der modernen Pflanzenbiotechnologie. In der Region Nordharz/Börde bis Halle existiert mit ca. 1.000 Beschäftigten die deutschlandweit größte Konzentration an pflanzenbiotechnologischem Forschungs- und Entwicklungspotenzial.

Wegen gesetzgeberischer Blockaden auf Bundes- und EU-Ebene kann Sachsen-Anhalt jedoch seine Potenziale in der grünen Gentechnik nicht voll nutzen. Während der weltweite Anbau für gentechnisch veränderte Pflanzen im Jahr 2002 auf ca. 58 Mio. ha anstieg, blieb die Europäische Union von dieser Entwicklung fast unberührt. Ursache für die Stagnation ist ein seit 1998 bestehendes de-facto-Moratorium für alle Neuzulassungen von gentechnisch veränderten Organismen. Die Rahmenbedingungen auf EU-Ebene für Feldversuche und Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen haben sich durch die novellierte Freisetzungsrichtlinie jedoch verbessert und verbessern sich durch politische Einigungen zu Schwellenwerten, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit weiter. Deshalb ist die Bundesratsinitiative zur 1 : 1-Umsetzung von EU-Recht in bundesdeutsches Recht zu begrüßen. Ein Anbauprogramm für genehmigte gentechnisch veränderte Pflanzen sollte bereits vor zwei Jahren von der Bundesregierung gestartet werden. Mit dem vorgeschlagenen Anbauprogramm soll ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zur grünen Gentechnik und ein Aufbruchsignal an Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu einer

weiteren Öffnung der Anwendung der Pflanzenbiotechnologie in der Landwirtschaft geleistet werden.

Im Gesundheitsbereich wird derzeit eine weitere Zulassungshürde für Pharmaka diskutiert, welche vor allem Unternehmen in den neuen Bundesländern betrifft. Dies stellt insbesondere für die biotechnologischen Pharmawirkstoffe und die Unternehmen, die zuvor erheblich in die Entwicklung investiert haben, eine nicht unerhebliche Brisanz dar. Um die Potenziale, die Sachsen-Anhalt auf dem Gebiet der biopharmazeutischen Entwicklung und Produktion besitzt, zu nutzen und weiter auszubauen, soll die Landesregierung hier tätig werden.

Rainhard Lukowitz
Fraktionsvorsitzender der FDP

Jürgen Scharf
Fraktionsvorsitzender der CDU